Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Dienstag, den 15. April 1919 | Nummer 181 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 % Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den kommenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9763.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Neuwahl des Zentralrats.

Der Kampf um die Macht in Bayern.

Die Lage in München ist noch nicht geklärt. Ein Teil der Truppen scheint sich der neuen Umsturzbewegung nicht angeschlossen zu haben, es finden dieserhalb Kämpfe in den verschiedensten Stadtteilen statt. Ein genaues Bild über die Lage läßt sich nicht gewinnen, da eine telegraphische Verbindung mit München nicht möglich ist. Auch der Personenverkehr ist eingestellt.

München, 14. April.

In München ist die Lage ungeklärt. Die Bekanntgabe des Sturzes der Regierung wurde von der Bevölkerung mit großer Befriedigung aufgenommen. Nachdem die erste Ueberraschung verflogen war, begannen in den Mittagsstunden vereinzelt Kundgebungen für die Räteregierung. Soldaten und Matrosen durchfahren in Lastautos unter Hochrufen auf die Räteregierung die Straßen und vernichten die Anschläge mit den Proklamationen. Der Aufenthalt mehrerer führender Persönlichkeiten ist seit heute nacht unbekannt. Die Räteregierung war offenbar rechtzeitig gewarnt worden. Sie hatte, wie aus zurückgelassenen, aber nicht mehr verbreiteten Kundgebungen hervorgeht, beabsichtigt, für heute die bewaffnete Arbeiterschaft zu sammeln. Jedenfalls geben die Rätekreise ihre Sache noch nicht verloren. Sie vertrauen darauf, daß sich die versprengten Führer bald einfinden und daß auch die auf Hoffmanns Seite abgeschwenkten Teile der Garnison sich wieder zur Räteregierung bekennen werden.

Augsburg, 14. April.

Der Schnellzug D 40 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um ½12 Uhr hier ab. Er wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Bahnhofs-Rayon heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Minen geworfen, und das Durcheinander des Kampfes war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr auskannten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofsgebäudes wurde demoliert. Es kommen keine Züge von München hier an.

Amberg, 14. April.

Nach einer Meldung der „Amberger Volkszeitung" kam es in Kalmünz zu größeren politischen Unruhen zwischen Militär, Arbeitern und anderen Zivilisten. Ein Soldat und drei Zivilisten wurden getötet. Aus Regensburg wurde mittels Autos Militär herbeigeholt, das die Ruhe wiederherstellte.

Augsburg, 14. April.

Der Augsburger Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hatte eine Massenversammlung einberufen, um zur Räterepublik Stellung zu nehmen. Eine nach Tausenden zählende Menge hatte sich eingefunden. Vier Gewerkschaftsführer und Arbeiterräte begründeten die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Räterepublik. Sie teilten mit, daß eine Augsburger Abordnung in Bamberg mit der Regierung Hoffmann verhandelt habe, die folgende Bedingungen stellte: 1. Die Augsburger Parteigenossen sind bereit, den Beschluß auf Anschluß an die Räterepublik rückgängig zu machen. 2. Sie sind bereit, auf die Ausübung der Pressezensur und die Festnahme von Geiseln zu verzichten. 3. Der Magistrat und das Gemeindekollegium werden wieder in ihre bisherigen Rechte eingesetzt. Die Institution der revolutionären Bankräte wird aufgegeben und dem Beschluß der Regierung auf Errichtung einer Volkswehr auf neuer Grundlage unter der Kontrolle einer Regierungsstelle zugestimmt. Die Forderungen kämen einer unbedingten Kapitulation gleich; aber die Macht der Tatsachen lasse keine Wahl zu. Die Forderungen wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Vorgänge im Reich.

Die Arbeiterschaft Braunschweigs beharrt nach wie vor im Generalstreik. Die Unternehmer haben den Streikenden die Forderung gestellt, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie ihre Betriebe bis acht Tage nach Ostern geschlossen halten würden. Die Vertreter der streikenden Arbeiter haben daraufhin beschlossen, im Generalstreik zu beharren. Der Beamten- und Bürgerstreik dauert ebenfalls unverändert fort. Dem Beamtenstreik haben sich am Freitag auch die städtischen Beamten angeschlossen. In einer vom Ortsarbeiterrat einberufenen Versammlung erklärten die Delegierten, daß der Streik so lange dauern werde, bis die Arbeiterschaft den Generalstreik beigelegt habe.

Die revolutionäre Streikleitung macht bekannt, daß vom 23. April ab wegen des bisher durch keinerlei Ausschreitungen gestörten, durchaus ruhigen Verlaufs des Generalstreiks die Befehlsstelle der Streikleitung, betreffend nächtliche Straßensperrung, Schließung von Restaurants, Cafés usw. aufgehoben werden. Bei dem Zusammenstoß bei Börßum hatten die Braunschweiger Revolutions-Truppen vier Tote und 14 Verwundete. Seit Dienstag ist keine Zeitung erschienen. Nur der unabhängige „Volksfreund" gibt täglich ein Mitteilungsblatt über die Streiklage aus.

Im Ruhrgebiet ist in der Zahl der Streikenden ein Rückgang zu verzeichnen. In der gestrigen Frühschicht waren 139 256 Bergarbeiter gegen 160 720 am Sonnabend morgen ausständig. Die Arbeiter des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in Essen verharren noch weiter im Sympathiestreik, sind aber mit wenig Ausnahmen zur Arbeit erschienen, um die Notstandsarbeiten zu verrichten.

In Düsseldorf ist nach den Kämpfen der letzten Tage Ruhe eingekehrt. Die Zahl der Opfer, die bei den Kämpfen gefallen sind, steht noch nicht fest. Der allgemeine Ausstand dauert unvermindert fort.

Straßenkampf in Iserlohn.

T. U. Iserlohn, 13. April.

In einer Versammlung in der Kaiserhalle, in der der Kommunistenführer Brenner eine Rede über die Weltrevolution und das bewaffnete Bürgertum gehalten hatte, begab sich ein Demonstrationszug von Kommunisten zum Rathause, um die Sicherheitswehr aufzulösen. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen und etwa 20 Gewehre unbrauchbar gemacht. Auf beiden Seiten wurde geschossen und mit Handgranaten geworfen. Bisher sind acht Verwundete ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ob es Tote bei dem Kampf gegeben hat, ließ sich bisher noch nicht feststellen. Die Erregung unter der Einwohnerschaft ist groß. Mittags zog die Menge unter Vorantritt von Trommlern und Pfeifern durch die Stadt. Es gelang schließlich in einer Besprechung zwischen Magistratsmitgliedern und dem Arbeiterrat eine Einigung herbeizuführen.

Neue Konflikte.

Die Herabsetzung der Löhnung auf den Friedenssatz hat unter den Soldaten eine begreifliche Erregung hervorgerufen. Am heftigsten kommt diese zum Ausdruck bei den Lazarettinsassen, die nunmehr pro Tag noch fünf Pfennig Löhnung erhalten sollen, während ihnen bisher pro Tag eine Mark zustand. Die Erregung ist vor allem deshalb so groß, weil die Hätschelkinder der Regierung, die Freiwilligen nämlich, weiterhin ihre alten Bezüge beziehen. Bei ihnen kennt man keine Sparsamkeit. Sie erhalten, wenn sie im Lazarett liegen, pro Tag 4 Mark. Das muß natürlich aufreizend auf diejenigen Kranken wirken, die Jahr und Tag im Felde waren und sich schwere Verwundungen zugezogen haben, so daß sie teilweise schon seit Monaten ans Bett gebunden sind, während die Kranken der Freiwilligenverbände vielfach überhaupt nicht an der Front waren und sich ihre Lorbeeren höchstens bei den wenig ruhmreichen Berliner Straßenkämpfen erobert haben.

Die Art, wie man die Kämpfer an der Front gegenüber den Freiwilligen benachteiligt, ist eine treffende Illustration zu dem so oft in die Welt geschrienen Satz: Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß! Die Lazarettinsassen lachen heute ohne Ausnahme darüber und sie wissen, daß sie von der neuen Regierung bisher ebenso betrogen worden sind wie von der alten. Die Regierung hat die Pflicht, den Erlaß so schleunig wie möglich rückgängig zu machen. Nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus soll das Inkrafttreten der Verordnung einstweilen bis 1. Mai verschoben werden. Das genügt nicht. Wir fordern seine restlose Aufhebung und verlangen völlige Gleichstellung der Soldaten hinsichtlich ihrer Bezüge. Wenn aber durchaus ein Unterschied gemacht werden soll, so dürften nur die Feldsoldaten den Vorteil haben, denn diese haben es wahrhaftig verdient, nicht hintenan gestellt zu werden.

Aus Ungarn.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Die noch im Jahre 1918 errichteten Soldatenräte sind aufgelöst, ihre administrative Tätigkeit geht auf die Arbeiter- und Soldatenräte, deren Wahl auf dem ganzen Gebiete der Räterepublik soeben erfolgt ist, über. Ihre politische Tätigkeit beschränkt sich auf die politischen Kommissare bei den Truppenkörpern.

Schlußsitzung des Rätekongresses.

Sozialisierung. — Auslandspolitik. — Wahl des Zentralrats.

Die Sozialisierung, das Kernproblem unserer Zeit, wurde zu Beginn der heutigen Sitzung, die erst um 11 Uhr begann, theoretisch umfassend beleuchtet durch ein Referat des Genossen Kautsky. Genossin Luise Kautsky verlas das Manuskript für ihren durch Krankheit abwesenden Mann. In außerordentlich klarer Weise legt Kautsky das Wesen der Sozialisierung dar, ihren Gegensatz zur Produktivgenossenschaft und zur Verstaatlichung. Er zeigt, daß die Vergesellschaftung durchgeführt werden muß durch die Arbeiterklasse, unter Mitwirkung des Konsuminteresses der Allgemeinheit bei Anwendung der Wissenschaft auf allen Gebieten der Produktion. Er wendet sich gegen die Verschleppungspolitik der Regierung, die in der skandalösen Behandlung der Sozialisierungskommission ihren symbolischen Ausdruck fand. Er wendet sich auch gegen planlose Sozialisierung, die eintreten muß, wenn die Regierung das Gebot der Stunde nicht erkennt. Mit einem Appell an die Einigkeit des deutschen Proletariats schließt das ausgezeichnete Referat.

Genosse Könen-Halle ergänzt in längeren Ausführungen Kautskys Standpunkt und zeigt, wie mit Hilfe der Arbeiter- und Betriebsräte die Sozialisierung als Organisation der Produktion durchzuführen ist. Einige polemische Bemerkungen von Kaliski gegen das von Kautsky betonte allgemeine Konsumenteninteresse beweisen, daß der Kritiker den Referenten falsch aufgefaßt hat. Nachdem alle Fraktionen ihren Standpunkt vertreten und Genosse Hilferding im Schlußwort die Einwände widerlegt hatte, gestaltete sich die Debatte über eine Reihe Anträge zu einer Besprechung auswärtiger Fragen, nachdem die Resolution Kautskys dem Zentralrat als Material überwiesen war.

Die Aussprache über die Auslandspolitik der Regierung brachte schärfste Kritik an der Zusammensetzung der Friedensdelegation, an der von der Waffenstillstandskommission betriebenen Hetze gegen das Ausland, an der Politik Erzbergers und Davids, an der Haltung zur Sowjetregierung usw. Bezeichnend ist aber, daß bei aller Kritik seitens der Opposition in den Reihen der S. P.-Fraktion, die besonders durch Kaliski und Cohen-Reuß vertreten ist, man sich nicht entschließen konnte, den Antrag anzunehmen, der die Ausschließung Dr. Davids aus der Friedensdelegation verlangte. Sowohl das deutsch-französische Abkommen mit der Losung „von Samter bis Soissonne", das Kaliski, der sozialistische Mitteleuropäer, mit viel Temperament vertrat, wie die Kontinentalpolitik passen nicht in den Rahmen einer proletarischen internationgl orientierten Außenpolitik der Arbeiterklasse.

Längere Fraktionssitzungen vor und während der heutigen Tagung hatten sich mit der Neuwahl des Zentralrates beschäftigt. Leider war keine Einigung erzielt, wie sich bei Beginn der Wahl zeigte. Die von der U. S. P. vorgeschlagene Parität in der Besetzung des Zentralrates wurde nach längerer Debatte mit 91 gegen 81 Stimmen abgelehnt. Die S. P.-Fraktion schlug der U. S. P. 10 Mandate vor, während sie selbst 14 beanspruchte und 4 den kleineren Fraktionen überlassen wollte. Der Antrag geheimer Listenwahl auf Grund des Proporzes der anwesenden Delegierten wurde von der Mehrheit heftig bekämpft, wobei der U. S. P. vorgeworfen wurde, daß sie die Abwesenheit zahlreicher Mitglieder der Mehrheit ausnutzen wolle. Noch sehr erregten Debatten wurde auch der Antrag auf Proporz, mit ungefähr 90 Stimmen gegen 60 abgelehnt, während die U. S. P. das Angebot auf 10 Mandate zurückwies. Darauf blieb weiter nichts übrig als der Vorschlag der Mehrheit: Der Zentralrat wird mit 21 Mitgliedern besetzt, wovon 12 der S. P.-Fraktion und der Rest den kleinen Fraktionen

angenommen, 1 Mandate werden der U. S. P. reserviert. Die U. S. P. stimmte durch Enthaltung dagegen.

Deutsche Nationalversammlung.

27. Sitzung, Montag, 14. April.

Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation: „Ist der Reichsregierung bekannt, daß die Art, wie die Lebensmittel aus dem Ausland verteilt werden sollen, sowie die hohen Preise dieser Lebensmittel und sonstige Maßnahmen in der Ernährungsfrage große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben? Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?"

Abg. Röhle (Soz.): Wir haben zum Reichsernährungsminister volles Vertrauen, wünschen aber Auskunft auf verschiedene Fragen. Die ausländischen Lebensmittel sollen nur an Städte mit mehr als 50 000 Einwohner gehen, obwohl auch in den kleinen und mittleren Städten die Not groß ist. Wir verlangen eine Verteilung nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Bedürftigkeit. Die Entente nützt unsere Notlage gewiß aus. Aber die Verhältnisse werden noch verschlimmert durch die fortwährenden Streiks, deren Folge ein stetiges Sinken der deutschen Valuta ist. Den amerikanischen Weizen müssen wir mit 1 Mark das Pfund Mehl bezahlen. Im Kleinhandel kostet dieses Mehl aber bis zu 2,50 M. das Pfund. Woher kommt dieser ungeheuerliche Zuschlag? In Berlin ist das ausländische Fett den Großhändlern überwiesen worden, anstatt es direkt an die Verbraucher abzugeben. Auch dadurch tritt wiederum eine Verteuerung ein. Im Notfall müßten Reichsmittel zur Verfügung stehen, damit jeder Verbraucher, auch der Minderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann.

Reichsnahrungsminister Schmidt: Die Interpellation gibt mir willkommene Gelegenheit, verschiedene Irrtümer und falsche Anschauungen der Interpellanten richtig zu stellen. Die Bestände können natürlich nicht in dem Augenblick verteilt werden, wo sie im Hafen lagern und erst über ihre Verteilung Dispositionen getroffen werden müssen. Ich kann auch nicht mit der Verteilung warten, bis die Bestände so groß sind, daß ihre gleichmäßige Verteilung über das ganze Land möglich ist. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen und sie in den allgemeinen Verteilungsplan einrangieren. Der Schleichhandel kann in diesen Waren nicht Platz greifen, denn die Waren gehen direkt an die Kommunalverbände und sie haben das Recht, in eigenen Verkaufsstellen oder durch den Handel die Ware weiterzuleiten. Darüber wird Ihnen von der Zentralstelle keine Vorschrift gemacht. Nur durch Betrug oder Diebstahl könnte die Ware in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Beunruhigt bin ich dadurch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Deckung gehen können (Hört, hört!), weil für ihre Sicherheit nur so gewährleistet werden kann. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Die Folge ist, wenn wir die Finanzierung unserer Einfuhr nicht ermöglichen, daß die getätigten Abschlüsse nicht zur Ausführung kommen und wir in neue große Schwierigkeiten mit der ganzen Lebensmittelversorgung gelangen. Die Bergarbeiter haben uns durch ihre Ausstände so schweren Schaden zugefügt, daß sie selbst durch eifrigste Arbeit in den nächsten Monaten ihn nicht wieder ausmerzen können. Wenn die Arbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich, Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Bergarbeiter durch ihre Ausstände. Und (mit erhobener Stimme): wenn in der Bevölkerung Unruhe vorhanden ist, so möge diese Unruhe sich an die einzig Schuldigen halten.

Was nun die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so habe ich zunächst angeordnet, daß das in Hamburg angekommene Weizenmehl, da es doch für das ganze Land nicht ausreicht, in Hamburg, Altona, Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg verteilt werden soll, und zwar weil diese Städte bisher unzweifelhaft besonders stärker gelitten haben. Im übrigen stelle ich ausdrücklich fest: es soll niemand zurückgestellt werden, auch die kleinen Städte werden beliefert werden. Dieselbe bevorzugte Verteilung soll für den in Rotterdam lagernden Speck zugunsten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks stattfinden. Es handelt sich hier um eine Arbeiterschaft, die volkswirtschaftlich außerordentlich wichtig ist und die ich mit allen Mitteln zur Arbeit zurückzuführen suchen muß. Das gleiche gilt natürlich für den oberschlesischen, ebenso wie für den sächsischen Bergbau.

Nun zur Preislage. Die einzig Schuldigen sind in dieser Frage wir selbst, weil nämlich infolge des Zusammenbruches unseres Wirtschaftslebens unsere Valuta fortgesetzt in ganz erschreckender Weise sinkt. Bei meiner Preiskalkulation vom 14. März konnte ich in Aussicht stellen, den Speck mit 8,37 Mark das Kilo liefern zu können, durch das Sinken der Valuta ist der Preis am 10. April schon auf 10,82 Mark gestiegen. Aehnlich liegt die Sache beim Mehl. Man hat meine Brotpreispolitik bemängelt. Ich brauche einen Zuschuß von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Wenn ich aber die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus teuerem ausländischen Mehl hinzufüge, so ergibt das bei dem Preis von 20,84 Dollar für die Tonne amerikanischen Weizens, insgesamt ein Defizit für die Reichskasse von über 1 Milliarde Mark. Ich kann aber die Reichskasse bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen, ich bin überhaupt nie ein Freund von Reichssubvention gewesen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarte ein größeres Quantum Mehl entnommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl, die Minderbemittelten Brot entnehmen. In Arbeiterkreisen ist das Verständnis für eine gesunde Preisbildung nicht vorhanden. Für die Verteilung der Eingänge aus dem Auslande konnten wir eine neue Kriegsgesellschaft gründen oder eine große Speditionsfirma beauftragen. Ich habe das letztere gewählt.

Den Konfitürenfabriken steht Zucker zur Verfügung, denn als wir die Bonbonfabrikation stark einschränkten, beklagten sich die Arbeiter über Arbeitslosigkeit. — Allgemein kann man von einem Eierwucher nicht sprechen. Die Eierpreise schwanken, wo der Handel tatsächlich übermäßige hohe Preis nimmt, sollte man ihm die Handelserlaubnis entziehen. Weshalb ist die Zwangsbewirtschaftung der Eier aufgehoben? Weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen wertvolleren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in der Not. (Beifall.)

Abg. Schlack (Ztr.): Die hohen Preise der ausländischen Lebensmittel können gerade von den schlechtergestellten kinderreichen Familien nicht gezahlt werden, die einer Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. (Sehr wahr!) Hier muß vom Reich Hilfe geleistet werden. Die hohen Preise sind nicht allein durch die inneren Unruhen verschuldet, aber es ist richtig, daß alle Anklagen gegen die Regierung zwecklos sind, ehe nicht unsere Arbeiter und Angestellten wieder zur Arbeit zurückkehren. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Im übrigen muß sie möglichst schnell abgebaut werden. (Beifall im Ztr.)

Abg. Dr. Dresbach (Hem.): Der Verteilungsplan des Herrn Ministers findet im allgemeinen unsere Zustimmung. Als Aufsichts- und Kontrollbehörden lasse ich mir die Kommunen allenfalls gefallen, als Verteilungsstellen sind sie aber gar nichts nütze. (Sehr richtig! und Zustimmung.)

Abg. Arnstadt (Dnat.): Wir hatten 1918 eine so gute Getreideernte wie selten. Wir wären deshalb in diesem Jahre sehr gut ausgekommen. Wenn wir jetzt gleichwohl unsere Feinde um Brot bitten müssen, so deshalb, weil die Revolution große Mengen von Lebensmitteln vernichtet hat. (Sehr richtig! rechts.) In der Verurteilung der verbrecherischen Streiks stimmen wir ganz mit dem Minister überein. Wenn uns jetzt Kohle, Kali und Eisen fehlen, um Nahrungsmittel aus dem Ausland zu erhalten, so sind allein die Streiks daran schuld. (Zustimmung.) In den letzten Wochen ist wiederholt vorgekommen, daß die Saatkartoffelbestände geraubt und geplündert worden sind. Die Regierung sollte alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Dusche (D. Vp.): Meine Fraktion bedauert es, daß wegen der mißlichen Verhältnisse in Deutschland erheblich weniger Lebensmittel in Deutschland eingeführt werden konnten, als es sein könnten, wenn die inneren Verhältnisse besser wären. "Das Organisationstalent des deutschen Volkes ist zertrümmert worden durch die Revolution und ihre Nachwirkungen. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Die allzu hohe Arbeitslosenunterstützung begünstigt die Arbeitsscheu in der Großstadt, die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen. (Zurufe b. d. S.: Sollen sie in den Ställen schlafen?) Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Eier hat große Freude erregt in weiten Kreisen. (Lauter Widerspruch b. d. Soz.) In Berlin waren die Eier teilweise unverkäuflich, weil zuviele da waren. Erneuter Widerspruch und Rufe b. d. Soz.: Weil sie zu teuer waren!) Die Zwangswirtschaft muß verschwinden und an ihre Stelle muß treten straffe Selbstzucht der Landwirte und der Verbraucher. (Beifall b. d. D. Vp.)

Abg. Wurm (U. Soz.):

Der sozialdemokratische Minister hat heute ungeteilten Beifall der gesamten agrarischen Mitglieder erhalten, während in seiner eigenen Fraktion verlegenes Schweigen herrschte. Von Konservativen ist noch niemals in solcher Weise den Arbeitern allein die Schuld an den Streiks zugeschoben worden wie von dem Minister Schmidt. (Hört! Hört! b. d. U. Soz.) Durch die Streiks wird allerdings unser Volksvermögen schwer geschädigt. (Große Bewegung und lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Aber die Schuld trägt die jetzige Wackelpolitik der Regierung, die den Bergarbeitern erst jetzt das bewilligt, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Die Bergarbeiter streiken, weil sie bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen nicht mehr als sechs Stunden arbeiten können. (Zwischenruf: Wie war denn die Ernährung unter ihnen?) Mit den oberschlesischen Bergarbeitern haben wir uns in ganz kurzer Zeit verständigt. (Auf b. d. Soz.: Politische Streiks!) Daß die politischen Streiks diese Sache ausnutzen, ist selbstverständlich.

Mit der Wackelpolitik bringt man die Ernährungsfrage nicht vorwärts. Wenn unsere Bergwerke und unsere Industrien nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. (Lebh. Zustimmung.) Deshalb müssen Sie die positive Arbeit fördern und die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Statt dessen setzt der Minister so hohe Mehlpreise fest, daß die ärmere Bevölkerung, wenn sie das Mehl kauft, es wieder verkaufen wird, so wird der Schleichhandel gefördert. Die Reichskasse muß das Defizit aus dem teuren Mehlpreis tragen und durch progressive Steuern aufbringen. Bei der herrschenden Stimmung kann es nicht zur Ruhe und Arbeitsfreudigkeit kommen. Die arme Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon viel zu viel Zugeständnisse gemacht. Das zeigt der Eierhandel. Bei der konsumierenden Bevölkerung wird dadurch das Vertrauen auf die Beständigkeit unserer Wirtschaft erschüttert. Es ist ja zu verstehen, daß die Regierung geneigt ist, der Landwirtschaft Zugeständnisse zu machen. Die Landwirte gehören heute zu den Kriegsgewinnlern und Ihre (nach rechts) Macht ist noch lange nicht gebrochen. Aber die Erbitterung der Arbeiterschaft wird ungeheuer gesteigert, wenn diejenigen, die ihre Interessen wahren sollen, noch der landwirtschaftlichen Seite nachgiebiger sind, als nach Seite der Arbeiterinteressen. Die Arbeiter müssen wieder Glauben und Vertrauen an ihre Vertreter gewinnen, dann werden sie auch ihre Ruhe und Arbeitslust wieder bekommen. Wenn aber ihr Glaube erschüttert wird, dann geht es dem Chaos entgegen. (Beifall b. d. U. Soz.)

Reichsernährungsminister Schmidt: Gegenüber der Behauptung des Vorredners, daß die Reichsregierung nichts getan habe, um den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier entgegenzukommen, stelle ich zunächst fest, daß die sogenannte Neuner-Kommission, die die Leitung des Streiks in der Hand hat, sich während ihres ganzen Bestehens nicht ein einziges Mal mit ihren Forderungen an die Regierung oder auch nur an die Werksverwaltung gewendet hat. (Hört! Hört!) Es ist auch nicht richtig, daß mit den Arbeitern gar nicht verhandelt worden sei. Es ist wiederholt mit Kommissionen der Gewerkschaft verhandelt worden, und die Mitglieder dieser Kommissionen haben versprochen, für die Beilegung des Streiks zu wirken; das ist ihnen aber nicht möglich gewesen, weil die Unabhängigen sich inzwischen zum größten Teil gegen den Abbruch des Streiks erklärt haben.

Abg. Thiele (Soz.) bestreitet, daß die Lebensmittelversorgung durch die Revolution in erheblichem Umfange beeinträchtigt worden ist.

Oberst Weiß: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt notwendig gebraucht wird, dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt worden. Die Militärverwaltung hat nur das behalten, was für die Verpflegung der Truppen bis zur nächsten Ernte unbedingt notwendig ist. Die Berechnung ist so knapp wie irgendmöglich gehalten.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung: Dienstag ½10 Uhr.

Saarfrage und linkes Rheinufer.

Paris, 14. April.

Der von Agence Havas veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angaben über die Regelung der Saarfrage dahin, daß Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken haben wird und daß die französischen Gesetze dort maßgebend sein werden. Frankreich soll die Polizeirechte ausüben, die Staatshoheit aber dem Völkerbunde zustehen. Die Einwohner des Saargebiets werden alle ihre politischen Rechte auf Wahlen zu örtlichen Körperschaften behalten, aber keine Abgeordnete in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll 15 Jahre dauern, nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch Volksabstimmung zu entscheiden. Deutschland wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach den Anschlägen erstatten, denn es ist unmöglich, angesichts der Preisschwankungen für Rohstoffe und Arbeitsleistung jetzt schon einen Pauschbetrag anzugeben. Schließlich werden die Pensionen der französischen Militärpensionen, welche jährlich 4 Milliarden Franks erreichen, Deutschland zur Last fallen.

Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherheiten waren von neuem Gegenstand von Erörterungen des Rates der Vier. Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht wird das linke Rheinufer neutralisiert werden und Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerke zu unterhalten; mit einem Wort, kein Mittel zu einem strategischen Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet.

Der Vertrag wird noch die Möglichkeit geben, die Einschränkung der deutschen Rüstungen und die Begrenzung des Kriegsmaterials zu kontrollieren. Alles dies wird nicht nur durch die Liga der Nationen, sondern durch die Vereinbarungen zwischen den großen Mächten gewährleistet werden. Die Westgrenze Deutschlands und die Linienführung der Ostgrenze ist geregelt, einschließlich der Danziger Frage, für welche eine Entscheidung im Prinzip schon festgelegt ist.

Der Generalstreik in Stuttgart.

Ueber den Verlauf des Generalstreiks in Stuttgart wird geschrieben:

Am 31. März 1919 begann der Generalstreik, und zwar aus rein politischen Gründen. Es handelte sich lediglich um Forderungen: Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung der Maßregelungen und des Verbots von Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel und Neuwahlen der Arbeiterräte.

Am 31. März und am 1. April kam es in Stuttgart zu heftigen Straßendemonstrationen. Auch viele Soldaten beteiligten sich ebenfalls, ohne Waffen, an diesen Demonstrationen. Bei eine solche friedliche Demonstration ließ am 1. April ein Leutnant Fohr, Fabrikantensohn aus Cannstatt, ohne jeden Anlaß, ohne vorherige Aufforderung oder Warnung, schießen. Es gab Tote und Verwundete. Die Regierung hatte ihren Posten verlassen. Fohr war in den Turm des neuen Bahnhofes in Stuttgart geflüchtet. Offiziere und Studenten waren wieder als gewöhnliche Soldaten verkleidet auf wehrlose Menschen losgelassen. Die regierungstreuen Soldaten hausten tagelang völlig selbstherrlich auf den Straßen und Plätzen der Stadt. Wohin sie kamen, schossen sie blindlings auf Straßenpassanten. Ueberall glaubten sich die wildgewordenen Soldaten bedroht und verfolgt. Die streikenden Arbeiter taten den Soldaten nicht den Gefallen, sich wehrlos vor die Maschinengewehre zu stellen, sie blieben von den Straßen möglichst fort. Die Empörung über das sinnlose Wüten der Soldateska war im Volke bis weit über die Kreise der streikenden Arbeiter hinaus so groß, daß es zu einzelnen Vergeltungsakten gegen mordende Soldaten kam. Auf die Streikleitung wurden tagelang förmliche Hetzjagden veranstaltet. Zum Glück ohne Erfolg. Der Belagerungszustand wurde verhängt, Standgerichte eingesetzt. Unser Stuttgarter Parteiblatt wurde verboten, die Druckmaschine durch „Fortnahme" von Maschinenteilen unbrauchbar gemacht. Die Bürger traten in den Abwehrstreik ein.

Am 3. und 4. April ließ sich dann die Regierung aus dem Bahnhofsturm vernehmen: Der Generalstreik sei plötzlich zusammengebrochen. Die Arbeiter wurden aufgefordert, wieder die Arbeit aufzunehmen.

Die Arbeiter ließen die Regierung jammern, prassen und drohen, sie standen fest.

Am 4. April gaben die Bürgerlichen ihren famosen Abwehrstreik auf. Der Generalstreik der Arbeiter ging weiter.

Nun ließ die Regierung den Gasarbeitern schriftlich mitteilen, daß sie am 5. und 6. April die Arbeit aufzunehmen hätten, sonst würden sie auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft werden!

Auch diese rechtssozialistische Gewaltpolitik vermochte die Arbeiter nicht niederzuwerfen.

Erst am 8. April 1919 wurde die Arbeit von den Arbeitern geschlossen aufgenommen, nachdem durch die Streikleitung am 7. April die Parole ausgegeben worden war, die Aktion abzubrechen, um sie zu gegebener Zeit wieder aufzunehmen.

Ihre Forderungen vermochten die Arbeiter durch den Generalstreik nicht durchzusetzen. Trotzdem fühlte sich nicht einer geschlagen oder gar besiegt. Im Gegenteil, die Arbeiter sind durch den glänzend durchgeführten Generalstreik moralisch und moralisch stärker geworden als jemals zuvor. Sie brennen darauf, von neuem in Aktion zu treten, und sie werden wieder in Aktion treten.

Der Generalstreik war aus den Arbeitern heraus entstanden. 85 Prozent der Arbeiter aus dem Groß-Stuttgarter Industriegebiet hatten den Streik beschlossen. Beteiligt waren unabhängige, kommunistische und rechtssozialistische Arbeiter. Die rechtssozialistischen Arbeiter lehnten sich damit zum erstenmal in Waiblingen in großer Zahl bewußt gegen ihre Instanzen auf. Durch den Streik wurden die Regierung und die bürgerlichen Parteien gezwungen, sich völlig zu demaskieren. Die Arbeiterfeinde haben gezeigt, daß sie bereit sind, das Proletariat mit allen Mitteln bis aufs äußerste zu bekämpfen. Viele Illusionen bei großen Arbeitermassen sind zerstört. Die vielgerühmte Demokratie erwies sich als Diktatur der Demagogie und des Militarismus erkannt. In hellen Haufen marschieren die Arbeiter nach links. Das ist der große Gewinn des Generalstreiks.

Befreit!

Wie wir seinerzeit berichtet hatten, waren mit Brandler auch die beiden Mitglieder des Zentral-Soldatenrats des 4. Armeekorps, Völker und Kegel, verhaftet und nach Berlin transportiert worden.

Wie wir hören, sind dieselben auf energische Intervention ihres Vertreters, des Herrn Rechtsanwalts Dr. Halpert, bei dem Reichswehrminister Noske gestern aus der Haft entlassen worden und nach Magdeburg zu ihrem Truppenteil wieder zurückgekehrt.

Heilmannsche Lügen.

Heilmann, der gelehrige Schüler von Noske und Heine, verbreitet die Nachricht, Kautsky werde am Dienstag in einem von der berüchtigten Deutschen Gesellschaft von 1914 veranstalteten Vortragsabend der Deutschen Liga für den Völkerbund über „Sozialismus und Völkerbund" sprechen. Heilmann knüpft daran einige seiner bekannten schnoddrigen Bemerkungen, die den Eindruck erwecken sollen, als ob Kautsky sich jetzt in die Gesellschaft der Lensch, Winnig und Südekum begeben wolle, die in der nationalistischen Gemeinschaft ihrem üblen Nationalismus huldigten.

Dazu ist zu bemerken, daß die Deutsche Gesellschaft von 1914 bei dieser Veranstaltung der Liga für den Völkerbund, wie Heilmann genau weiß, nichts zu tun hat. Diesen Eindruck suchte Heilmann auch nur aus sehr durchsichtigen Gründen zu erwecken. Die Ankündigung, daß Kautsky auf dieser Veranstaltung sprechen werde, ist aber auch nur durch einen Irrtum zustande gekommen. Kautsky ist seit Wochen so leidend, daß er nicht

mal das Referat auf dem Rätekongreß hat halten können. Daher sind auch Ankündigungen über das Auftreten Kautskys in anderen Veranstaltungen durchaus irrig.

Die erste Volksabstimmung.

Karlsruhe, 14. April.

Die erste Volksabstimmung in Deutschland seit Beginn der Revolution wurde gestern in der Republik Baden vorgenommen. Abgestimmt wurde über die von der badischen Nationalversammlung angenommene neue badische Verfassung. Sie wurde mit 355 000 gegen 20 000 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde darüber abgestimmt, ob die Mandate der badischen Nationalversammlung als gesetzgebender badischer Landtag bis zum November 1920 weiterbestehen bleiben sollen oder nicht. Dafür stimmten gleichfalls 355 000, dagegen 21 000. Das Ergebnis ist noch nicht ganz vollständig, da zwei Bezirke fehlen, die jedoch an dem Ergebnis nichts wesentliches ändern dürften. Die Stimmbeteiligung war minimal, sie betrug nur 30—35 Prozent. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die in der Nationalversammlung durch keinen Vertreter vertreten ist, hatte ihre Anhänger aufgefordert, mit Nein zu stimmen.

Die Lebensmittel aus Holland.

Amsterdam, 13. April.

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge sehen sich die Lebensmittel, die nach der jetzt erfolgten Einwilligung der Assoziierten aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführt werden dürfen, aus 2000 Tonnen Fett, 2000 Tonnen Speck, 1000 Tonnen Butter und 80 000 Tonnen Kartoffeln zusammen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten in den Ausfuhrverhandlungen zwischen den Niederlanden und Deutschland ist noch keine Uebereinstimmung erzielt worden. Es wird jedoch eine baldige Regelung erwartet.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Angestellten in der Metallindustrie.

Die am Sonntag vormittag in der vom Vollzugsrat einberufenen Sitzung gemachten Vorschläge sind innerhalb der Angestelltenkreise als eine gewisse Verhandlungsbasis betrachtet worden, und es scheint, daß auf Grund dieser Vorschläge es zu einem Friedensschluß kommen wird.

Die gestrige Obleuteversammlung der streikenden Angestellten der Metallindustrie nahm nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig an:

„Nachdem in den Verhandlungen vor dem Vollzugsrat unsere Forderung des Mitbestimmungsrechtes auf Vorschlag des Generaldirektors Brückmann eine Auslegung erfahren hat, die wir unterstützen können, erklärt die heutige Versammlung der Obleute, obwohl sie nicht verkennt, daß auch diese Formulierung ein Nachgeben der Angestellten gegenüber ihrer ursprünglichen Forderung enthält, den Kollegen in den Betriebsversammlungen die Annahme des Vorschlages zu empfehlen. Die Versammlung beauftragt die Verhandlungskommission, diesen Standpunkt bei den heutigen Verhandlungen im Vollzugsrate zum Ausdruck zu bringen und jede weitere Abschwächung rundweg abzulehnen. Die Verhandlungskommission wird weiterhin beauftragt, die Zustimmung zu dem Vorschlag des Generaldirektors Brückmann nur ausdrücklich unter der Voraussetzung zu geben, daß hinsichtlich einer Entschädigung für den durch den Streik den Angestellten entgangene Verdienst eine Regelung gefunden wird, die den Angestellten eine volle Befriedigung gewährt.

Hinsichtlich der materiellen Forderung erklären die Obleute, daß zwar der Schiedsspruch in keiner Weise den durchaus berechtigten Ansprüchen der Angestellten genügt, daß sie aber bereit sind, die endgültige Regelung dieser Frage bis zu den Tarifverhandlungen zurückzustellen. Die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat sind heute unbedingt noch zum Abschluß zu bringen. Lehnen die Metallindustriellen auch die neuen Vorschläge ab, so rufen die Obleute alle Angestellten Berlins und im Reiche auf, sich hinter den Aufruf der Streikleitung zu stellen und den Kampf um unsere Forderung einmütig aufzunehmen, bis das endgültige Mitbestimmungsrecht allen Angestellten gesichert ist."

Vor dem Vollzugsrat fanden gestern abend Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Angestellten statt. Die Unternehmer waren zu folgendem Entgegenkommen bereit: Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Angestelltenausschuß von jeder Kündigung eines Angestellten mit einem Gesamtjahreseinkommen von weniger als 10 000 M. Kenntnis zu geben. Der Angestelltenausschuß ist berechtigt, der Kündigung zu widersprechen, wenn er der Ansicht ist, daß wichtige sachliche Gründe der Entlassung entgegenstehen. Betrifft die Kündigung ein Mitglied des Angestelltenausschusses, so hat es Anspruch auf Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zur endgültigen Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß.

Zur Forderung der Mitbestimmung des Angestelltenausschusses bei der Einstellung von Angestellten empfehlen die Vertreter des Verbandes angesichts der außerordentlichen Bedeutung der Frage für die beteiligten Kreise ganz Deutschlands, die Erledigung einer zu diesem Zwecke besonders einzusetzenden paritätischen Kommission zu übertragen. Sie erklären ihren Einfluß für eine Lösung einsetzen zu wollen, welche grundsätzlich dem Gedanken der vorliegenden Fassung entspricht.

Diese Vereinbarung soll als Ergänzung des Schiedsspruches vom 18. April gelten. Die Angestellten erhalten bei der nächsten Gehaltszahlung außer den bisherigen Bezügen einen Vorschuß in Höhe von rund 25 Proz. eines regelmäßigen Monatseinkommens.

Die Verhandlungen über diesen Vorschlag sind noch nicht abgeschlossen.

Generalstreik aller Angestellten und Beamten?

Eine gestern in den Musikersälen tagende Obmännerversammlung der bisher am Streik nicht beteiligten Fachgruppen sprach ihre schärfste Entrüstung darüber aus, daß die Metallindustriellen trotz weitgehendsten Entgegenkommens der Angestellten sich nicht bereitgefunden haben, ihre Forderungen zu erfüllen. Mit Bedauern stellte die Versammlung fest, daß auch die Regierung gegenüber der Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht sich nur zu platonischen Erklärungen bereitgefunden hat. Um diese für alle Arbeitnehmer so unerläßliche Forderung durchzusetzen, beschloß die Versammlung, alle Angestellten Groß-Berlins zum Generalstreik aufzurufen. Die Versammlung erklärten, alles daran setzen zu wollen, um diesem Streik weitgehende Ausdehnung zu verschaffen. Die Schuld für alles, was sich aus diesem Streik ergibt, treffe einzig und allein die Arbeitgeber der Metallindustrie.

Eine in diesem Sinne lautende Resolution wurde von Vertretern von 150 000 Angestellten und Beamten von Handel, Industrie sowie Kommunal- und Reichsbehörden einstimmig gefaßt. Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht erfaßt immer weitere Kreise. Eine Angestelltengruppe nach der anderen steht auf und stellt diese Forderung, droht mit dem Streik, falls sie nicht erfüllt wird.

*

Da heute erneute Verhandlungen über den Tarifvertrag für Waren- und Kaufhaus-Angestellte beginnen, rechnet man in Arbeitgeberkreisen schon damit, daß auch ihre Angestellten bei dieser Gelegenheit das volle Mitbestimmungsrecht fordern werden. Wie verlautet, stehen die Arbeitgeber im Einzelhandel jedoch auf dem Standpunkt, daß sie einer reichsgesetzlichen Regelung nicht vorgreifen wollen. Es muß deshalb auch mit einem neuen Warenhausstreik gerechnet werden.

*

Zwecks Herbeiführung des Mitbestimmungsrechts für die Brauereiangestellten hat gestern eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Direktors Jäger von der Brauerei Friedrichshain stattgefunden, an der auch vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Schmidt und vom Gewerkschaftsbund Schwarz teilnahmen. In der Verhandlung zeigten die Brauereileitungen hinsichtlich des Tarifvertrages, wie auch in der Frage des Mitbestimmungsrechtes Entgegenkommen, und es kam in den späten Abendstunden eine Einigung auf der Grundlage zustande, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen sowie das volle Mitbestimmungsrecht den Angestellten gewährt wird.

Auch im Versicherungsgewerbe ist eine Einigung erzielt worden. Hier wurde gleichfalls allen Angestellten das Mitbestimmungsrecht gewährt. Bei dem voraussichtlichen Generalstreik werden die Angestellten des Versicherungsgewerbes, da sie das erreicht haben, was ihre Kollegen fordern, nicht in den Sympathiestreik eintreten. Sie ziehen es vor, ihren streikenden Kollegen die nötige Unterstützung dadurch zu gewähren, daß sie ihnen einen Teil ihres Arbeitsverdienstes zur Verfügung stellen.

Sympathiestreik der Beamten der Reichsversicherungsanstalt.

Mit größtem Interesse verfolgen die Angestellten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den Kampf der Angestelltenschaft der Berliner Metallindustrie und der Bankbeamtenschaft um das Mitbestimmungsrecht und die Erreichung einer erträglichen wirtschaftlichen Lage. In der Erkenntnis der ungeheuren Tragweite dieses idealistischen Kampfes sprechen sie den Streikenden ihre vollste Sympathie aus. Um diese und die Solidarität in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen und gegen Verschleppungsversuche zu protestieren, haben die Angestellten der Reichsversicherungsanstalt gestern mittag 12 Uhr die Arbeit bis zum heutigen Tage eingestellt und die Diensträume verlassen.

Angestellten-Ausschuß der Fachgruppe Chemische Industrie und verwandte Branchen. Alle Angestellten ausschüsse der chemischen Industrie werden aufgefordert, in Betriebsversammlungen eine geheime Abstimmung über den Streik in das Mitbestimmungsrecht vorzunehmen und die Resultate der Zentralstreikleitung, Haberlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35, und dem Obmann der Fachgruppe, Herrn Kasper (Telephon Uhland 1574), sofort bekanntzugeben. Sämtliche Angestelltenausschüsse der chemischen Industrie und verwandten Branchen treffen sich Mittwoch, abends 7 Uhr, im Pschorrbräu, Behrenstraße, Ecke Friedrichstraße (hintere Räume), zwecks Beratung weiterer Maßnahmen.

Die Hilfskräfte des Magistrats Berlin halten am Dienstag, 15. April, nachmittags 3½ Uhr, im „Zirkus Busch" eine Massenversammlung ab. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Besserstellung der Magistrats-Hilfskräfte."

Akt.-Ges. Mix u. Genest. Alle streikenden Angestellten haben sich ab Dienstag täglich von 8—12 im Streiklokal Brumm, Schöneberg, Reichenstr. 8, zu melden.

Betriebsingenieure und Betriebsassistenten der Berliner Metallindustrie. Am Donnerstag, 17. April, abends 7 Uhr, findet im „Volkshaus", Charlottenburg, Rosinenstraße, eine Versammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bildung einer Fachgruppe innerhalb der bestehenden Organisationen; 2. Stellungnahme zum kommenden Tarifvertrag; 3. Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Auergesellschaft. Betriebsversammlung der streikenden Angestellten Dienstag, 16. d. M., nachm. 4 Uhr, in der Webeschule, Naglerstraße. Die Streikleitung.

Telephon- und Apparatenfabrik E. Zwietusch u. Co., Charlottenburg. Angestelltenversammlung Dienstag, vormittags 11 Uhr, im Schiller-Theater.

C. Lorenz Aktiengesellschaft, Tempelhof. Die für Dienstag vormittag, 10 Uhr, anberaumte Versammlung der streikenden Angestellten findet erst nachmittags 3 Uhr im Restaurant Meyer, Tempelhof, Berliner Straße 78, statt. Meldungen im Streiklokal morgen vormittag nicht erforderlich. Die Streikposten haben jedoch zur festgesetzten Zeit pünktlich zu erscheinen.

Streikleitung Gruppe 13, Maschinenbau-Metall-Fabrikation. Sämtliche Angestellten der Gruppe versammeln sich Mittwoch, den 16. cr., 3 Uhr, in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. Obleute, deren Betrieb dieser Gruppe angehört, erfahren näheres von der Streikleitung. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Der Bankbeamtenstreik.

Die Streiklage im Bankgewerbe hat keinerlei Veränderung erfahren. Die Verbände der Bankbeamten haben einen weiteren Schritt unternommen, um zur Durchführung ihres Programms zu gelangen. Es ist eine Deputation, bestehend aus den Bankbeamten Marx, Emonts, Teichmann, Fürstenberg und Anklam, zur Regierung nach Weimar gefahren, um dort vorstellig zu werden. In Berlin selbst hat sich das Gesamtbild insoweit verschärft, daß alle Bankinstitute nunmehr durch Streikposten hermetisch von der Außenwelt abgesperrt sind. Die Tätigkeit der Direktoren und Prokuristen in den Gebäuden ist vollkommen eingestellt, da auch ihnen der Zutritt zur Arbeitsstätte verweigert wird. Man will versuchen, das vom Allgemeinen Verband Deutscher Bankbeamten entworfene Notgesetz durchzudrücken, um auf dieser Grundlage die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bringen, bei denen dann durch die gesetzmäßige Fassung der aufgestellten Forderungen beiden Teilen eine bestimmte Richtung bei den Verhandlungen vorgeschrieben ist. Die Verhandlungen in Weimar dürften sich mehrere Tage hinziehen, und so droht ein Generalstreik der Angestellten.

*

Die Angestellten der Deutschen Bank versammeln sich Dienstag vormittag, 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110, zur Entgegennahme wichtiger Instruktionen.

Kommerz- und Diskonto-Bank. Betriebsversammlung der Angestellten, Dienstag, den 15. April, nachmittags um 2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 15. Die Streikleitung.

Streik der Militär- und Uniform-Mützenmacher.

Nachdem von der Organisation den Unternehmern, der Beschluß der Sektionsversammlung vom 8. d. M. mitgeteilt war, daß, wenn die Forderungen der Arbeiterschaft nicht bis zum Sonnabend, den 12., bewilligt würden, die Arbeitsniederlegung erfolgt, haben die Unternehmer auf die einzelnen Mützen Zulagen von 5 bis 10 Pfg. gemacht. Dies Angebot wurde in keiner Weise als annehmbar erklärt und deshalb überall die Arbeit niedergelegt.

Die Streikleitung befindet sich Alt-Moabit 104 a, im Restaurant von Louis Tölle, Fernsprecher Moabit 7061, und sind alle Anfragen und Zuschriften dorthin zu richten.

Die kaufmännischen Angestellten der Singer Co. werden zu einer Aussprache am Dienstag abend um 6 Uhr nach dem Lokal Roßstraße 6 bei Sasse eingeladen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Heute abend 7½ Uhr findet in den Sälen der Börse eine öffentliche Versammlung aller in den Waren- und Kaufhäusern sowie im Einzelhandel beschäftigten Angestellten statt. Tagesordnung: Unser Kampf um das Mitbestimmungsrecht und um den Tarifvertrag. Referent: Kollege Schmidt.

Mix u. Genest. Betriebsversammlung Dienstag, 15. April, vormittags 10 Uhr, Schöneberg, Ebersstr. 80, Wilhelmshof. Der Obmann.

Achtung! Arbeitslose Buchdrucker! Am Dienstag, den 15. d. M., vorm. 10 Uhr, findet in den Sophiensälen (Gr. Saal) eine Versammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes arbeitslosen Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Obleute.

Versicherungsangestellte! Die Jahres-Haupt-Versammlung des Verbandes der deutschen Versicherungsbeamten findet am Dienstag, den 15. April, abends 6½ Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, statt.

Groß-Berlin.

Blutige Zusammenstöße.

Gestern mittag kam es wieder zu mehreren blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und Zivilisten.

Ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und fliegenden Händlern ereignete sich gestern mittag wieder in der Gegend der Weinmeister- und Münzstraße. Eine Korrespondenz berichtet darüber: Um dem Hehlerunwesen zu begegnen, hatte das Alexander-Regiment einen breiten Absperrungskordon um das dortige Stadtviertel geschlossen. Die zahllosen Händler widersetzten sich gewaltsam ihrer Vertreibung, und so kam es zu einem Feuergefecht, bei dem es eine Anzahl von Toten und Verwundeten gab. In den ersten Nachmittagsstunden trat eine Pause ein. Die Feuerwehr brachte die Toten und Verwundeten in mehreren Wagen nach den Unfallstationen. Das ganze Viertel war streng abgesperrt. Die Straßen wurden umgeleitet.

Ein Augenzeuge berichtet uns von einer anderen Schießerei, die heute mittag auf dem Alexanderplatz an der Münzstraße stattfand. Dort erschienen plötzlich Regierungssoldaten und sperrten innerhalb fünf Minuten den Zugang zur Münzstraße mit Stacheldraht ab. Es sammelte sich dadurch naturgemäß eine große Menschenmenge an. Gleich darauf fiel ein Schuß und der Ruf ertönte: „Fenster zu!" Dann gaben die Soldaten noch ungefähr 25 Schuß ab, denen drei Mann zum Opfer fielen. Der leitende Offizier lachte höhnisch nach vollbrachter Tat.

Zu einer weiteren Schießerei kam es gestern vormittag auch noch in der Großbeerenstraße. Zwei Soldaten hatten kurz vor 8 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof einen aus Crefeld gebürtigen Schuhmacher Heinrich Beumer, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt, wegen Diebstahls festgenommen. Auf dem Wege nach der Wache des 87. Reviers in der Großbeerenstraße 87 riß sich der Verhaftete kurz vorher los und ergriff die Flucht. Als er auf das Haltrufen der Soldaten nicht stehen blieb, schoß einer der Soldaten viermal hinter ihm her, ohne ihn jedoch zu treffen. Eine Kugel drang durch eine Scheibe des Hauses Kleinbeerenstraße 22, richtete aber kein Unheil an. Nach längerer Verfolgung gelang es den Soldaten, den Entflohenen zu stellen und unter größeren Sicherheitsmaßnahmen nach der Wache zu bringen.

Achtung! Arbeitslose der Stadt Berlin (ohne Vororte).

Am Mittwoch, den 16. April ds. Js. finden für Berlin (Stadt) **Ergänzungswahlen zum Arbeiterrat der Arbeitslosen** statt. Wahlberechtigt sind nur Arbeitslose der Stadt Berlin. Legitimation: Arbeitsnachweiskarte und Invalidenkarte. Arbeitslose der Vororte haben keinen Zutritt. Gewählt wird in folgenden Lokalen:

Pharussäle, Müllerstraße, nachm. von 2—4½ Uhr (2 Kandidaten). Gewerkschaftshaus Engel-Ufer, nachm. von 2—4½ Uhr (1 Kandidat). Unionsbrauerei Hasenheide, nachm. von 1 bis 3½ Uhr (2 eventl. 3 Kandidaten).

Zu diesen Versammlungen haben Arbeitslose von allen Stadtteilen Berlins Zutritt. Für die Arbeitslosen, die keinen Zutritt finden können, kommen in allernächster Zeit allgemeine Arbeitslosenversammlungen in Betracht.

Achtung! Arbeiterräte der Arbeitslosen Groß-Berlins.

Am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, findet im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45, eine Vollversammlung sämtlicher Arbeiterräte der Arbeitslosen Groß-Berlins statt. In Anbetracht der wichtigen Fragen, die zur Erledigung stehen, ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Einfuhr-Zusatzkarten. Heute, Dienstag, 15. d. M., beginnt die Ausgabe der „Einfuhr-Zusatzkarten", auf die die ausländischen Lebensmittel verteilt werden. Eine Sonderverteilung während der laufenden Kartenperioden war unerläßlich. Die Karten werden in der üblichen Weise verteilt. Zunächst erhält jeder Brotkartenempfänger auch eine Einfuhr-Zusatzkarte. Die Austeilung soll bis Donnerstag abend beendet sein.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Dienstag, den 15. April, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung in der Schulaula, Mittenwalder Straße 34. Vortrag des Genossen Carl Leid über „Kommunale Aufgaben". Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Zahlreichen Besuch, auch der Genossinnen, erwartet der Vorstand.

Charlottenburg. Frauenleseabend der 1. und 8. Gruppe heute abend 7 Uhr in der Aula der Hindenburg-Realschule, Guerickestraße.

Lichtenrade. Dienstag, abends 7½ Uhr, Zahlabend im Zeichensaal der Schule, Roonstraße.

Freie Jugend Süden und Südwesten. Am Dienstag, abends ½8 Uhr, bei Büttner, Gneisenaustr. 66, außerordentliche Generalversammlung. Situationsbericht und Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Freie Jugend Köpenick. Die erwerbstätige Jugend beiderlei Geschlechts, welche in Fabriken, Werkstätten und Bureaus tätig ist, wird zu einer Besprechung zum Dienstag, 15. April, ½7 Uhr, im Lokal von Lehmann, Bahnhofstr. 44, eingeladen.

Freie Jugend Groß-Berlin. Dienstag abend, 7½ Uhr, große Versammlung in der Brauerei Pökow, Prenzlauer Allee. Thema: Der Kampf der Jugend um ihre Rechte.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Die Heirat.

Opernhaus
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen

Schauspielhaus
7 Uhr: Peer Gynt.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele
7½ Uhr: Unterwegs.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a Norden 361
7½ Uhr: Die keusche Susanne
Karfreitag, den 18. IV. geschl.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Blaufuchs.
Mittwoch: Der rote Hahn.
Donnerst.: Der Blaufuchs.

Deutsches Künstler-Theat.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Mittw., Donn.: Der Schöpfer

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das höhere Leben.

Rose-Theater
7½ Uhr: Stärker als der Tod.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Das 3aktige Volksstück
Vater Knolle.
An allen Feiertagen 2 Vorst.
Abends ½ Uhr Vater Knolle.
Nachm. 3 Uhr zu kl. Preisen
Mensl sei still.

Wintergarten
Täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Neue Leitung
Münchner Bräustübl
Jägerstr. 13
Große gemütliche Lokalitäten
Gute bayerische Küche
Prima Augustiner Bier.

Neu erschienen:
Singe mit
Sammlung revolutionärer Kampfeslieder für Massengesang
Preis 50 Pfg. — Porto 5 Pfg.
Theaterstücke, Prologe, Lieder, Postkarten, Ansteck-nadeln zur
Mai-Feier
Rich. Lipinski, Leipzig
Königstr. 12. Fernspr. 2389.

Erfinder
Ausarb., Anmeld. von Patent., Gebrauchsm. Kosteni. Ausk. Patentbureau **Packscher.** Bertrandtnstr. 15. Zentr. 7600.

III. Kreis

Mittwoch, den 16. April, abends 8 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

in der Aula, Dresdener Straße 113.

Tagesordnung:

1. Reorganisationsfragen.
2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83—85. Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Mittwoch, den 16. April 1919, abends 6 Uhr,

Branchen-Versammlung der Metall- und Revolverdreher sowie -dreherinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 5).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Ulrich über: „Rätesystem". — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter

Gruppe: **Landschaftsgärtnerei.**

Berlin SO 42, Luisenufer 1. Fernruf: Moritzplatz 3725.

Gärtner, Gärtnereiarbeiter, Gartenfrauen!

Mittwoch, den 16. April, abends 7½ Uhr, in den **Neuen Rathaussälen** (Untergrundbahn Stadtpark Schöneberg), Schöneberg, Martin-Luther-Str. 63,

Versammlung aller in der Landwirtschaftsgärtnerei Beschäftigten.

Tagesordnung: **Der Streik in der Landschaftsgärtnerei.** Referent: Kollege Walter Kwasnik.

Kollegen und Kolleginnen! Die bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern der Landschaftsgärtnerei sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben sämtliche Forderungen einstimmig abgelehnt, auch die Anrufung des Schlichtungsausschusses hat bisher ein Ergebnis nicht gehabt. Wir fordern dringend zum Besuch der Versammlung auf, da in dieser Versammlung wahrscheinlich der Streik beschlossen wird.

Konsumgenossenschaft „Hoffnung" für Potsdam und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Kontor- und Zentrallager: **Nowawes,** Kohlhasestraße 1/5. Telefon: Amt Nowawes Nr. 690

Freitag, den 18. April 1919, nachmittags ½2 Uhr, findet im Lokal von **Seegebrecht, Potsdam, Schützenstraße 26,** die

Ordentliche General-Versammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht. — 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. — 3. Wahlen zum Aufsichtsrat. — 4. Bericht des Verbandsrevisors. — 5. Statutenänderungen: a) Erhöhung der Zahl der Genossenschaftsratsmitglieder §§ 20, 22; b) Erhöhung des Geschäftsanteils von 30 auf 50 M.; c) Verlegung des Geschäftsjahresschlusses § 46. — 6. Anträge der Mitglieder. — 7. Genossenschaftliche Angelegenheiten.

Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Zum Zwecke der Legitimation sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Der Aufsichtsrat.
Alfred Stoof, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel. Moritzpl. 10623, 3578. Bureau Berlin, Rungestr. 30.

Bürstenmacher. Mittwoch, den 16. April, abends 7 Uhr, Rungestr. 30 (Arbeitslosensaal), außerordentliche Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Warum befinden wir uns im Streik. — 2. Bericht von der Schlichtungskommission.

Tischler, Bezirk Neukölln. Donnerstag, den 17. April, nachmittags 4½ Uhr, im Lokal von Schulz, Richardstraße 35, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Bericht über den Stand unserer Lohnforderungen.

Achtung, Bürstenmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bürstenindustrie Berlins befinden sich im Streik.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. **Sebastianstr. 37-38.**

Am Mittwoch, den 16. April 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15,

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. Referent: Kollege Schumacher. — 2. Sollen wir noch im „Vorwärts" inserieren? — 3. Mitteilungen.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als 8 restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 15. April, abends 7 Uhr,

Mitgliederversammlung

der Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenwäsche-Fabrikation

in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Stellungnahme dazu. Berichterstatter: Kollege Salewsky. — 2. Freie Aussprache. — 3. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Mit mehr als 8 Wochen restierender Beiträge kein Zutritt.

Die Branchen-Kommission.
J. A.: O. Salewsky.

Achtung! Damen-Konfektion. Achtung!

Am Mittwoch, den 16. April 1919, nachmittags 5 Uhr, in der Aula, Ritterwallstr. 12,

Oeffentliche Versammlung

der in der Damenkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung. Bericht von den Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Referent: Kollege Fritz Knoop.

Die Kommission.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin. Bureau: SO 16, Engelufer 15, Hof links, 1 Tr. Geöffnet von 9—12 Uhr vormittags und von 4—7 Uhr nachmittags. Telefon: Amt Moritzplatz Nr. 11443.

Für den Monat April finden nachstehende Versammlungen statt:

Am Mittwoch, den 16. April 1919:

Bezirk **Nord-West,** Waldenserstr. 19, bei Thielemann.
- **Neukölln,** Kirchhofstr. 41, bei Wolf.
- **Oberschöneweide,** b. Pomp, Wilhelminenhofstr. 43.

Am Donnerstag, den 17. April 1919:

Bezirk **Norden,** Hussitenstr. 40, bei Riedel.
- **Schönhauser Vorstadt,** Kopenhagener Str. 74, bei Gliesche.
- **Süd-Ost,** Reichenberger Str. 147, Reichenberger Hof.
- **Osten,** Warschauer Str. 61, bei Huth.
- **Charlottenburg,** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- **Weißensee,** Berliner Allee 251, bei Wasche.
- **Schöneberg,** in Steglitz, Düppelstr. 7.
- **Mitte,** Sebastianstr. 34, bei Ziege.
- **Reinickendorf,** Scharnweberstr. 22, bei Denecke.
- **Tegel,** Schlieperstr. 69, bei Christensen.
- **Lichtenberg,** Alt-Boxhagen 56, bei Blume.
- **Grüner,** Friedrichstr. 75, bei Brodte.
- **Cöpenick,** Grünstraße, im Kaiserhof.
- **Spandau,** Lynarstr. 2, bei Pahl.

Alle Versammlungen beginnen um 7 Uhr abends.

Gruppe der Blumen-, Blätter-, Federarbeiter:

Am Donnerstag, den 17. April, abends 6 Uhr, bei Wilke, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet. Die Mitgliedsbücher resp. -Karten sind zur Abstempelung mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 15. April d. J., abends 5 Uhr, in den **Arminhallen, Kommandantenstraße 58,**

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bestätigung der Branchenleitungen und der Ortsverwaltung. — 2. Erhöhung der Lokalbeiträge und Zuschuß zur Arbeits- und Krankenunterstützung. — 3. Antrag auf Einführung des Delegiertensystems zur Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung
J. A.: R. Würzberger.

Elektromonteure Groß-Berlins

Dienstag, den 15. April, abends 7 Uhr, im Musiker-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Versammlung

zwecks Gründung einer Erwerbsgenossenschaft.

Alle organisierten Kollegen sind eingeladen. **Mitgliedsbuch** legitimiert. **Die Einberufer.**

Der Mandolinen-Verein „Havelwarte"-Spandau

richtet einen Kursus für Anfänger ein. Herren und Damen, welche gewillt sind, das Mandolinenspiel zu erlernen, werden gebeten, sich zu dem Anfängerkursus anzumelden. Anmeldungen finden jeden **Mittwoch, abends 7½ Uhr,** im **Vereinslokal G. Vorn, Spandau, Eschowstr. 1,** statt.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe

48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl.

Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse

Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Was die Arbeiterräte wollen und sollen!

von **Richard Müller** / Mit einem Vorwort von **Ernst Däumig**

Preis 50 Pfennige

Verlag „Der Arbeiterrat", Berlin SW 68

Zu beziehen durch die Fraktion der U. S. P. D.-Arbeiterräte, Berlin, In den Zelten 23, Zimmer 24

Wir fordern die Arbeiterräte sämtlicher Betriebe auf, den Vertrieb dieser Broschüre energisch in die Hand zu nehmen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, dass unsere Kollegin, die Arbeiterin **Berta Heymann,** Kastanien-Allee 59, am 11. 4. M. gestorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. 4. M., nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Gross-Berlin.

Nachrufe!

Am 27. März verstarb unser Mitglied
Alex Wundersee,
am 7. April unser Mitglied
Wilhelm Böhm,
am 9. April unser Mitglied
Lise Bruns.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Heute neu Nr. 15 **Preis 10 Pfg.**

Karl Schneidt's Wochenschrift

„Die Tribüne".

Man lese den Leitartikel:

Der deutsche Zuchthausstaat

und den Artikel:

„Die Tribüne" beschlagnahmt!

Bei allen Straßenhändlern zu haben.

Verlag der „Tribüne" Zimmerstraße 86 Ecke Friedrichstr.

Der Zeitgeist.

Satirisch-politische Blätter für das revolutionäre Proletariat.

Reich illustriert. **Preis 20 Pfg.** 14tägig eine Nummer. Jeder revolutionäre Arbeiter liest dieses satirische, die gegenwärtigen Zustände in Bild und Wort geißelnde Blatt. **Vertreter überall gesucht.** Verlag: K. Weißwanger, Nürnberg, Kobergerstr. 33.

Der Ortsverein Neukölln

sucht für **sofort** einen **zweiten Zeitungsspediteur**

Meldungen sind bis zum **21. April** dem Parteibüro, **Neckarstraße 3,** einzureichen.

In Frage kommen nur Neuköllner Mitglieder.

Der Vorstand.

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolitik).

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.

Herausgegeben von **Dr. Rud. Breitscheid.**

Unter ständiger Mitwirkung von: H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnements vierteljährlich 5 Mk. Einzelnummer 50 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.

SÄLE

für Vereine, Gesellschaften, Tanzlehrer, Versammlungen zu vermieten. Auch Sonnabends und Sonntags noch frei.

Kellers Konzert- und Festsäle, Berlin O
Koppenstr. 29. — Norden 9292 u. 9293.

Geschäftsstelle C 2, Burgstraße ... Tel. Norden ...
Unser Mitglied **Elisabeth ...**
ist verstorben. Dienst. 15. 4. 19, 12 Uhr, ... Gerichtstr. 37-38.
Unser Mitglied **Erich ...**
Engel-Ufer 4, Einäsch. Mittw., ... nachm. 4 Uhr, Treptow, ...

Dankesagung
Für die Beweise ... Teilnahme ... Kranzspenden ... Beerdigung ... Mannes
Theophil ...
sage ich hiermit ... die daran teilgenommen haben, meinen ... Dank.
Anna ...

Für die ... und zahlreichen ... spenden bei der ... äscherung ... Entschlafenen
Josef ...
danken wir allen ... teiligten herzlich.
Robert ... Ww. Emma ... Familie Max ... Ula.-Oberschöneweide ... Mathildenstr. 5.

Vermißt
Der Ers.-Res.
Richard ...
Inf.-Regt. 14... 1. Batl., 1. Komp., ...
Um Auskunft bittet Frau ... Adlershof, ...
Unkosten werden ... Vermißt seit Septem...

Fachar...
für Haut-, Harn-, ... leiden, Salvarsan ... — Blutuntersuch... Schnellste ... ansteckenden ... heiten der Harn...
Dr. Eltern ... Kol.anstalt ...
11-1, 5-7. ...

Spezialar...
Dr. med. Haed...
Haut-, Harn-, ... Blutuntersuch... 176-183 (an d. ... Untergrdb.) 11-1, ...

Homöopath...
Inst. ...
Münzstr. 25
für Haut-, Harn-, ... u. Frauenleiden ... Spez. veraltet. Fälle ... sich. u. schmerzl. ... Berufsstörung. ... Sonntag 10-1, 5-...

Zweiter Rätekongreß.

7. Sitzung am Montag, den 17. April.

Auf der Tagesordnung steht das Thema

„Sozialisierung des Wirtschaftslebens".

Hierzu liegt vor eine Resolution Kautsky folgenden Inhalts: Oekonomische Befreiung des Proletariats ist nicht möglich, ohne Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Das Proletariat kann sich nur befreien durch seine eigene Kraft. Die machtvollste Triebkraft dafür bildet das organisierte, klassenbewußte Proletariat, als dessen vornehmste und kraftvollste Organisation in der heutigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands die Arbeiterräte zu betrachten sind. Nur ihre Macht verbürgt die rascheste Sozialisierung, jedoch nur dann, wenn in dem Betriebszweige nicht bloß die Arbeiter, sondern auch Vertreter der Konsumenten zur Geltung kommen. Den Konsumenten winken niedrigere Preise, den Arbeitern erhöhte Löhne, kurze Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz, und Verwandlung aus bloßen Werkzeugen der Bereicherung anderer zu freien und gleichberechtigten Genossen, im gesellschaftlichen Produktionsprozeß.

Die Sozialisierung läßt sich jedoch angesichts des ökonomischen Zusammenbruches infolge des Krieges unter keiner Produktionsweise sofort allgemein realisieren. Um so wichtiger ist zunächst die Verkürzung der Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz und freie Teilnahme der Arbeiter an der Produktion. Eine Neuorganisation des wirtschaftlichen Lebens kann nur schrittweise vorangehen und braucht Jahre zur völligen Ausgestaltung. Aber um so dringender notwendig ist, daß sie von einer Regierung in die Hand genommen wird, die entschlossen ist, die Sozialisierung aufs energischste zu fördern, und die sich dabei durch die Widerstände der alten Mächte, der Kapitalisten, der Agrarier, der Bureaukratie in keiner Weise beirren läßt. Die heutige Regierung zeigt diese Entschlossenheit nicht, sie hat bereits zuviel kostbare Zeit verstreichen lassen, ohne mehr als leere Versprechungen zutage zu fördern. Nicht ein bürgerlich-proletarisches Koalitionsministerium, sondern nur eine rein sozialistische Regierung, gestützt auf die Geschlossenheit des deutschen Proletariats, vermöchte dem Sozialisierungsgesetz jenen Schwung zu verleihen, der den Arbeitern Interesse an der Arbeit einflößt, den Streiks und Unruhen ein Ende macht und die Atmosphäre der Arbeitsfreudigkeit schafft, in der allein das deutsche Volk von der galoppierenden Schwindsucht genesen kann, in die es der fluchwürdige Krieg gestürzt hat.

Der Vorsitzende teilt mit, daß der Referent Kautsky leider derart erkrankt sei, daß er das Bett hüten müsse. Daher habe Frau Kautsky das Referat übernommen.

Frau Kautsky: (Wir werden auf das Referat des Genossen Kautsky noch ausführlich zurückkommen und geben hier vorläufig nur einen stark gekürzten Bericht. Red. d. „Freiheit".) Wir leben in der Aera der Sozialisierung. Meist wird diese als Macht- oder Organisationsfrage behandelt. Vielleicht wird es manchem der Anwesenden akademisch erscheinen, die Notwendigkeit der Entwicklung vom Kapitalismus zur Sozialisierung darzulegen, aber hier müssen nüchterne Erwägungen Platz greifen. Sozialisierung ist nicht zu verstehen, wenn man nicht den Kapitalismus versteht, denn

Sozialisierung bedeutet Beseitigung der Grundlagen des Kapitalismus.

Für das Proletariat gilt es, diese Grundlagen nicht zu zerstören, sondern zu benutzen. Das Wesen des Kapitalismus besteht in der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln. Die Kapitalisten mieten die Arbeiter für bestimmten Lohn und lassen sie so lange arbeiten, daß sie nicht nur den Wert ihres Lohns, sondern einen Mehrwert produzieren, den Profit, den die Kapitalisten einstecken. Der Profit ist um so größer, je geringer der Lohn und je länger die Arbeitszeit der Arbeiter ist. Der Profit des einzelnen ist um so größer, je technisch oder kommerziell vollkommener sein Betrieb ist. Deshalb sehen wir den Drang nach beständigem technischen Fortschritt, der an sich äußerst nutzbringend wäre, aber unter dem Kapitalismus die Form eines Kampfs der Maschine gegen den Arbeiter annimmt. Der Gegensatz wird noch verschärft durch die Abhängigkeit des Arbeiters von allen Launen des Kapitalisten und der Unsicherheit seiner Lage. Dazu kommt dann der Konkurrenzkampf der einzelnen Betriebe. Der Kapitalismus erzeugte nicht bloß das Bedürfnis nach Sozialismus, sondern auch dessen Träger, die Proletarier. Eine hohe Entwicklung der Technik würde ohne Sozialismus nur allgemeines Elend bringen. Sozialismus ist nicht unter allen Umständen möglich, das ist eine Wahrheit, die heute vielfach verkannt wird, und der Sozialismus selbst nimmt mit dem Fortschreiten des Kapitalismus verschiedene Formen an. Zunächst kamen die

Produktivgenossenschaften.

Diese haben aber als Mittel zur Ueberwindung des Kapitalismus versagt. Die einen sind zugrunde gegangen, andere, die gediehen sind, nahmen neue Arbeiter nicht als Teilhaber auf, sondern als Lohnarbeiter, sie wurden zu kapitalistischen Unternehmungen. Die Idee der Produktivgenossenschaften geht auch dahin, daß die Arbeiter allein den Betrieb verwalten. Eine wissenschaftlich gebildete Leitung war so lange nicht nötig, als die kapitalistische Industrie der handwerksmäßigen nahestand, damals genügte gesunder Menschenverstand und praktische Einsicht zur Leitung des Betriebes. Eine moderne Industrie ist aber nicht möglich ohne einen großen Stab hochentwickelter Intellektueller. Dann kamen die Aktiengesellschaften auf, und es lag nahe, gerade diese Betriebsform zu verstaatlichen, weil sich in ihr schon eine Art Bureaukratie entwickelt hatte. Man sah in der Verstaatlichung den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus, zur Sozialisierung. Aber der Staat ist keine Wirtschaftsorganisation, seine Bureaukratie geht in der Hauptsache nicht dahin, das Zweckmäßige zu suchen und durchzuführen, sondern den Willen des Vorgesetzten zur Ausführung zu bringen. Ein verknöcherter Konservatismus ist das Kennzeichen der staatlichen Bureaukratie, und sie geriet in vollen Gegensatz zu den Bedürfnissen der modernen Produktionsweise. Die einfache Verstaatlichung würde die Gefahr mit sich bringen, daß die Produktivität der Arbeit nicht vermehrt, sondern vermindert wird.

Der Arbeiter verlangt auch ein Mitwirkungsrecht,

er will nicht lediglich als Werkzeug der Produktion behandelt werden. Darum wird durch die Verstaatlichung nichts geändert; anstelle vieler Herren bekomme der Arbeiter nur einen einzigen und hat nicht mal die Freiheit, den Herrn zu wechseln. Aus diesem Grunde haben die englischen Arbeiter so lange dem Sozialismus widerstrebt. Nun ist aber auch das Interesse der Konsumenten hinzugekommen, nachdem die Kapitalisten sich zu Trusts vereinigt haben, und dadurch die Preise gestiegen sind.

Diese Entwicklung ist durch den Krieg aufs höchste gestiegen. Bevor es zur Sozialisierung kommt, wird es überall notwendig werden, daß die Produktion gelenkt wird, durch

Zusammenwirken der drei Gruppen, der Arbeiter, der Konsumenten und der Wissenschaft,

andernfalls liefe der ganze Prozeß auf eine Gewaltherrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die anderen Klassen hinaus, ein Zustand, der ebenso unerträglich ist wie die kapitalistische Ausbeutung. Kein Teil darf den andern vergewaltigen. Die Wissenschaft muß dahin wirken, daß in jedem Betrieb die vollkommenste Technik und Organisation durchgeführt ist, und mit dem kleinsten Kraftaufwand das größtmöglichste Resultat erzielt wird. Die Wissenschaft hat die Aufgabe, nicht nur die Produktion, sondern auch die Konsumption zweckmäßig zu gestalten. Verschwendung von Material und Kraft, Planlosigkeit und Sinnlosigkeit der Produktion sind ausgeschlossen. Sozialismus bedeutet nicht bloß Expropriation der Kapitalisten, sondern Organisierung der Produktion und des Absatzes durch Zusammenwirken der organisierten Arbeiter und Konsumenten auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis.

Die Gewerkschaften waren ehedem die wichtigsten Bausteine des Sozialismus. Sie vereinigten die zur Sozialisierung nötigen organisierten Massen. Aber sie haben in Deutschland versagt. Ein Vorbild bot Rußland, gerade wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit. Während der Revolution von 1905 haben die Vertreter der Petersburger Großbetriebe einen Arbeiterrat gegründet. So war es auch 1917, und vom Osten aus trat das System der Arbeiterräte seinen Siegeslauf an, sogar in England hat es schon Boden gefaßt.

Den Arbeiterräten fällt bei der Sozialisierung die entscheidende Rolle zu.

Die Sozialisierung ist nicht nur eine Machtfrage zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch eine Frage der Organisation. In der ersten Zeit der Revolution während der chaotischen Zustände waren keine Richtlinien für die Arbeiterräte vorhanden. Wer die Sozialisierung beschleunigen will, muß dafür sorgen, daß wir aus diesem Chaos herauskommen, daß die Arbeiterräte fest organisiert und zusammengeschlossen werden und klare Richtlinien über ihre Tätigkeit bekommen. Die Sozialisierung kann aber nur schrittweise vor sich gehen. Zunächst sind die dazu reifen Betriebe zu erfassen. Mit Hilfe der Erfahrungen kann man dann daran gehen, andere Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Nicht einzelne Betriebe, sondern nur ganze Industriezweige soll und darf man sozialisieren. Die Sozialisierung kann ausgehen von dem Antrieb der Arbeiter und Konsumenten. Die dringlichste Forderung ist die

Sozialisierung des Wohnungswesens,

an sie wird sich die Sozialisierung aller der Industriezweige anschließen, die mit dem Wohnungswesen zu tun haben, denn wenn man erst einige entscheidende Schritte auf dem Gebiete der Sozialisierung getan hat, zieht sie notwendigerweise immer weitere Kreise und durchtränkt schließlich unsere ganzes Wirtschaftsleben mit sozialistischem Geist. Die Sozialisierung soll aber keine Notbaracke sein, die man nach Erledigung des Notstandes wieder abreißt, sondern ein fester Bau soll sie werden, der für Jahrhunderte allen Stürmen trotzt. Wir müssen uns hüten, das russische Vorbild nachzuahmen. Selbst die Russen warnen uns vor ihren Fehlern, und wir haben alle Ursache, sie zu vermeiden. Der Ruf nach sofortiger Vollsozialisierung ist nichts weiter als ein Schlagwort. Ganz verkehrt ist es aber, zu glauben, man könne durch Lohnforderungen, die sogar so weit gehen, daß selbst große Betriebe mit Unterbilanz arbeiten, eine Beschleunigung der Organisierung herbeiführen. Das wäre eine Sozialisierung des Bankrotts. Aber deswegen darf die Sozialisierung kein Pflänzchen Rührmichnichtan sein. Die Arbeiter werden sich auch überreden lassen, für das Kapital zu arbeiten, wenn sie sehen, daß das ein notwendiges Uebel ist, wenn gleichzeitig ernst gemacht wird mit der Sozialisierung. Gewinnt aber die Masse den Eindruck, daß nichts getan wird, dann wird sie verzweifelt zur Selbsthilfe schreiten, was gleichbedeutend mit Selbstmord wäre.

Die heutige Regierung besitzt bei der Masse kein Vertrauen,

weil sie den Eindruck erweckt, daß sie nicht mehr zu sozialisieren bereit ist, als die Arbeiter durch das Mittel des Streikes zur unumgänglichen Notwendigkeit machen. Aus dem Zusammenbruch heraus müssen wir neue Wege zum Wiederaufbau finden. Bis dahin ist alles ein Experiment, das schlimmste Experiment aber wäre es, wenn man den Kapitalismus wieder aufrichten würde. Wir fordern ein zentrales Sozialisierungsamt mit weitgehendsten Befugnissen. Sofortige Verstaatlichung von Grund und Boden der Fideikommisse und Bergwerke.

Woher rührt nun die Unentschlossenheit der Regierung? Die Spaltung des Proletariats ist es. Wären wir Arbeiter einig, dann hätten wir eine einheitliche Regierung, es wäre viel mehr geleistet worden, und kein Noske und kein Heine wäre in Deutschland möglich gewesen.

Die Einigung ist zur Zeit die Hauptsache!

Gelingt sie, dann kann die Revolution gerettet werden, und keine Gegenrevolution ist mehr möglich. Karl Marx schließt das kommunistische Manifest mit den Worten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Und wir wollen hinzusetzen: „Proletarier Deutschlands vereinigt Euch!" (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause.)

Kaliski (S. P. D.): Wir haben zu den soeben gehörten Ausführungen nicht viel hinzuzufügen. Die Organisierung des Aufbaues der Produktion ist schon ein Schritt zur Sozialisierung. Kautskys Resolution bietet weite und breite Angriffspunkte. Die Grundlage des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens kann nur die Produktion sein. Ein Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten kann nicht gestellt werden. Der von uns vorgeschlagene Aufbau der Produktion unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterschaft schließt jeden Wucher aus. Aber auch der Konsum muß organisiert werden. Will man dem Arbeiter die wirtschaftliche Stellung geben, die ihm gebührt, dann darf man auch nicht vor einer vorübergehender Erhöhung der Preise zurückschrecken. Ich glaube, im Namen aller Fraktionen dieses Hauses den Vorschlag machen zu dürfen, daß die Resolution Kautsky und alle anderen zur Sozialisierung vorliegenden Resolutionen dem neuen Zentralrat überwiesen werden und keine Abstimmungen stattfinden.

Reichswehrminister Wissel: Mit Ausnahme des Schlußteils kann auch die Regierung dem Referate Kautskys zustimmen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Haltung der Regierung durch dieses Referat eine Begründung erhalten hat, wie sie sich keine bessere hätte wünschen können. Die Haltung der Regierung in der Frage des Kohlenbergbaus hat auch hier wieder eine Rolle gespielt. Sie ist so oft kritisch erwähnt worden, daß die Regierung nicht umhin kann, darauf hinzuweisen, daß bei der Erörterung dieser Angelegenheit immer eins vergessen wird: der abschließende Bericht der Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau und seine Sozialisierung liegt der Regierung noch nicht vor. Am Schlusse der Resolution Kautsky wird gefordert, daß das vorgetragene Rahmengesetz möglichst bald verabschiedet werde. In diesem Punkte kann die Regierung erklären, daß alles geschehen ist, und noch geschieht, um das gewünschte Gesetz ehestens zur Verabschiedung zu bringen.

Koenen-Halle (U. S. P. D.): Die wichtigste Frage ist, wie wir aus der Rohstoffnot herauskommen. Da erscheint uns der Weg, den die Regierung bis jetzt eingeschlagen hat, schlecht gangbar. Auch in all den anderen Fragen, die sich mit der Sozialisierung verbinden, kommt die Regierung aus den Halbheiten nicht heraus. Wenn die Regierung in der bisherigen Weise weiter arbeitet, kehren wir entweder zum Kapitalismus zurück, oder wir kommen in heilloses Durcheinander. Es gibt kein anderes Mittel, als die schleunige Durchführung der Sozialisierung. Die Regierung sollte doch bedenken, daß die Einführung von Wirtschaftsämtern und von Handelsmonopolen noch lange keine Sozialisierung bedeutet.

Wirksame Sozialisierung kann man nur durch das Rätesystem erreichen.

Erst die Betriebsräte werden in den Fabriken und Werkstätten Arbeitsfreudigkeit schaffen.

Der Redner behandelt die verschiedenen Aufgaben der Betriebsräte. Hand in Hand mit den Betriebsräten müssen die Betriebswirtschaftsräte arbeiten. Erst dann wird man zu befriedigenden Produktionsergebnissen kommen. Aus der Assessoren- und Geheimratswirtschaft müssen wir endlich herauskommen. Betriebstechnische Fortschritte sind während der Kriegsjahre fast nur in der Munitionsindustrie und in den Waffenbetrieben gemacht worden. Hier hat sich eine Fülle von Material angesammelt, dessen wir uns bei der Vervollkommnung all der anderen Industrien bedienen müssen. Notwendig ist auch die Organisation des Absatzes. In dieser Hinsicht operiert Kautsky wieder mit recht verschwommenen Begriffen. Auch vom Standpunkte der Arbeitslosigkeit muß die Sozialisierung behandelt werden. Die Regierung glaubt, sozialisiert zu haben, wenn sie beispielsweise das Kohlensyndikat in Staatsregie genommen hat. Ist denn das eine Sozialisierung? Keinesfalls! Die Gruben sind nach wie vor im Besitze der Kapitalisten. Die Ausbeutung besteht weiter, und wir haben hier die Ursachen für all die Streiks, die unsere Kohlenreviere so arg beunruhigt und das deutsche Wirtschaftsleben manchmal geradezu in Frage gestellt haben. Die Regierung sagt: aus unserer Wirtschaft wird nichts, wenn die Arbeiter keine Vernunft annehmen. Ja, wie sollen bei einer solchen Regierung die Arbeiter Vernunft annehmen? Der Redner macht der Regierung den Vorwurf, sie habe Zusagen, die sie den Kohlenarbeitern bereits vor langer Zeit gemacht habe, nicht eingelöst. Jetzt wundere sie sich, daß der Streik gekommen sei. Hätte die Regierung im Dezember sofort eine umfassende Sozialisierung der dazu reifen Betriebe eingeleitet, so wäre sie wahrscheinlich spielend über alle Schwierigkeiten hinweggekommen. Auch die Eisenbahner beklagen sich noch darüber, daß ihnen die Geheimratswirtschaft das Leben schwer mache. Auch in ihren Kreisen besteht eine ungeheure Unzufriedenheit, von der man noch nicht weiß, was sie dem deutschen Wirtschaftsleben bringen kann. Man hat von Ihrer Seite (zu den Mehrheitssozialisten) den Arbeitern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie die Revolution als eine Lohnbewegung ansähen. (Stürmischer Widerspruch bei den Mehrheitssozialisten.) Sie mögen schreien, so laut Sie wollen, die Beweise liegen vor. Daß die Arbeiter Lohnforderungen stellen, ist doch selbstverständlich! Die Arbeiter sagen sich! Sozialisiert wird nicht, also wollen wir aus der Umwälzung wenigstens höhere Löhne herausschlagen. Wenn die Regierung nicht bald dazu übergeht, den Sozialisierungsprozeß einzuleiten, und zwar im schnellsten Tempo, dann gehen wir unabsehbaren Schwierigkeiten entgegen.

Braß (U. S. P. D.) gibt eine kurze Erklärung darüber ab, weshalb seine Fraktion gestern gegen die Resolution der Mehrheitssozialisten in der Frage des Rätesystems gestimmt habe. Die Ursachen liegen einfach darin, daß sich unsere Begriffe über den Sozialismus von denen der Mehrheitssozialisten weit entfernen.

Nachmittagssitzung.

Der Beginn der Nachmittagssitzung verzögerte sich um annähernd 1½ Stunden, weil die beiden sozialistischen Fraktionen über die Besetzung des Zentralrates unterhandelten. Die Verhandlungen hatten auch, als endlich die Sitzung begann, noch zu keinem Ergebnis geführt.

Die Diskussion über die Sozialisierung wird fortgesetzt.

Schultze-Hannover: Manche von Ihnen werden vielleicht fragen, was wir Soldaten mit der Sozialisierung zu tun hätten. Aber gerade im Heereswesen sind große Betriebe vorhanden, die reif zum Sozialisieren sind. Ferner befinden sich im Heeresbesitz noch für Millionen Rohstoffe, die ohne Zwischenhandel und Schieberei unverzüglich der deutschen Volkswirtschaft zugänglich gemacht werden müssen. Soweit kapitalistische Betriebe bei der Heeresversorgung noch in Anspruch genommen werden müssen, muß eine scharfe Nachprüfung der Preise eintreten. Die Firma Körting in Hannover hat in zwei Monaten Heeresaufträge im Betrage von 25 000 Mark geliefert. Ein anderer Betrieb lieferte die gleichen Aufträge bei besseren Löhnen für 11 500 Mark. Durch eine einzige Preiskontrolle eines Soldatenrates sind dem Staate 8 Millionen Mark gerettet worden. Eine schwere Versäumnis der Regierung sehen wir darin, daß sie noch immer nicht die Kriegsgewinne eingezogen hat.

Flügel (Dem.): Es ist undenkbar, in der Stunde des Scheidens auf ein so ungeheures Problem einzugehen, wie es die Sozialisierung ist. Wir sind mit Kautsky in manchem einverstanden. In seiner Resolution dagegen ist auch manches, womit wir nicht einverstanden sein können. Wir lehnen den Klassenkampf ab. Wir sind Anhänger der Sozialisierung. Wir stehen aber auf dem Standpunkte, daß abgewartet werden muß, ob eine Erhöhung der Produktion und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte trotz der Sozialisierung gewährleistet sind.

Für den erkrankten Kautsky erhält das Schlußwort Hilferding: Die Klassenversöhnung ist auch unser Ziel. Aber sie wird nur erreicht durch

Abschaffung der Klassen.

Und die Abschaffung der Klassen hat zur Voraussetzung den Klassenkampf.

Kaliski muß ich das entgegenhalten, was auf diesem Kongreß schon wiederholt ausgesprochen worden ist: nur der Sozialismus kann uns retten. Auch wir verwahren uns gegen überstürztes Sozialisieren und gegen wirtschaftliche Experimente. Aber begonnen muß mit der Sozialisierung werden. Das hat die Regierung noch nicht getan, denn die Verordnungen, die sie als Sozialisierungsverordnungen angesehen wissen möchte, bringen keine Sozialisierung. Die Regierung hat den Beschluß des ersten Rätekongresses, nach dem die Sozialisierung sofort in Angriff genommen werden sollte, ignoriert. Aehnlich steht es mit der Kommunalisierung der städtischen Betriebe. Hier stehen uns auch noch große Aufgaben bevor, und hier ist die Inangriffnahme der Aufgaben verhältnismäßig leicht. Früher hieß es, der Sozialismus sei der Friede. Wenn wir das sagten, so hatten wir vor allen Dingen die Außenpolitik im Auge. Heute müssen wir der Regierung entgegenrufen:

der Sozialismus ist der Friede im Innern.

Kaliski beantragt, die Resolution Kautsky und die dazugehörenden Zusatzanträge der Regierung und dem Zentralrat zu überweisen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Die Anträge 43 und 44 über

Auslandspolitik

begründet Rosenfeld: Der Rätekongreß verwirft die bisherige Außenpolitik der Regierung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Völkerfriede erreicht werden muß, an dem die einzelnen Völker den gleichen Anteil haben. Nur ein solcher Völkerfriede kann von Dauer sein. Jede Zusammenfassung bestimmter Völker gegen andere Völker oder Völkergruppen beschwört die

Gefahr neuer Konflikte herauf. Solche Zusammenfassungen wären geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen. Wir wünschen endlich freundschaftliche Beziehungen zu Rußland.

Auch die Polenpolitik bekämpfen wir. Wenn der Reichsminister Schmidt hier ausgeführt hat, die Polen seien nicht unterdrückt, so erinnere ich an das Wahlrecht in den polnischen Landesteilen. Wir wenden uns auch gegen die Beschickung der Waffenstillstandskommission durch Erzberger. Erzberger ist als Mitglied der Waffenstillstandskommission nur geeignet, die Gegensätze zu verschärfen. Glaubt jemand von Ihnen, die Entente habe vergessen, daß

Erzberger der Verfasser wildester annexionistischer Schriften

ist. Hat Erzberger nicht im Jahre 1914 in einer Broschüre die militärische Oberherrschaft über Belgien, über den französischen Nordseegürtel, über England und seine Kolonien, über die Ostseeprovinzen und über manches andere mehr verlangt? Ein solcher Mann wird von der Regierung zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen delegiert! Wir sehen in ihm den denkbar wenigst geeigneten Mann für eine solche Funktion. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlangen überhaupt die Zurückrufung aller kompromittierten Personen aus der Friedensdelegation, insbesondere auch die des Dr. David.

Es liegt Ihnen sodann der Antrag aller Fraktionen vor, der dahin geht, die Regierung zu ersuchen, „das vorliegende Aktenmaterial über das Entstehen des Krieges zu veröffentlichen". Warum zögert die Regierung noch mit der Veröffentlichung des Materials, das Kautsky zusammengestellt hat. Diese Zögerung ist unbegreiflich. Ich ersuche Sie, allen diesen Anträgen möglichst einmütig Ihre Zustimmung zu geben.

Kaliski (S. P. D.): Ich bin jederzeit bereit, auch vor einem Bericht zu beweisen, daß die Organe der Waffenstillstandskommission eine Politik getrieben haben, die auf die Verhetzung Deutschlands gegen Frankreich hinausläuft. Frankreich ist gegen uns stets zuvorkommender gewesen als England und Amerika. Clemenceau war der erste, der dafür eintrat, uns Lebensmittel zu senden. (Lebhaftes Hört, hört!) Erst haben uns die Engländer die Gedärme ausgezogen, dann die Zähne ausgebrochen und jetzt spielen sie die Mitleidigen. Wir haben es versäumt, Frankreich zum Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete deutsches Material und deutsche Arbeiter anzubieten, und uns darauf beschränkt, über die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen zu jammern. Redner vertritt dann noch einmal recht lebhaft seine bekannte Auslandspolitik, um zum Schluß seinen diesbezüglichen Antrag zurückzuziehen.

Heise (U. Soz.) begründet den Antrag der U.S.P., eine Studienkommission nach Rußland zu senden. Alles, was den russischen Bolschewisten zur Last gelegt wird, sind die Folgen des Krieges, die Folgen der Sünden, die das zaristische Regiment begangen hat. Wenn sie auch viele schwere Fehler gemacht haben, sie wollen doch den Sozialismus, und in dieser Arbeit müssen wir ihnen helfen.

Schimmel (S. P. D.): Im Prinzip sind auch wir für die Entsendung einer Kommission nach Rußland. Aber diese Kommission zusammenzusetzen, kann nicht Aufgabe des Kongresses sein. Wir beantragen daher Ueberweisung des unabhängigen Antrages an den Zentralrat. Auch wir sind für die Veröffentlichung des Aktenmaterials unseres auswärtigen Amtes. Aber dagegen, daß die sogenannten kompromittierten Mitglieder der Friedensdelegation, vor allem Dr. David, zurücktreten sollen.

Cohen-Reuß wendet sich scharf gegen das beim Kongreß eingelaufene Schreiben Erzbergers. Das deutsche Volk darf sich diese Politik keine Minute länger gefallen lassen. Wenn Erzberger sagt, er könne keine selbständige Politik treiben, dann ist eben die Regierung Schuld daran. Man hat das deutsche Volk in einen Haß gegen Frankreich hineingehetzt, weil man angeblich die deutschen Kriegsgefangenen über den Frieden hinaus behalten will. Kein Mensch in Frankreich hat das bisher offiziell verlangt. In seinen weiteren Ausführungen tritt der Referent für eine starke Kontinentalpolitik ein.

Briesen (Vertreter der Waffenstillstandskommission): Während den Verhandlungen in Trier wurden in Berlin der Presse Mitteilungen über die ursprünglichen Forderungen Fochs mitgeteilt, von denen er bekanntlich später abgegangen ist. Dieser Irrtum ist auf das Konto Reichskanzlei zu setzen. Erzberger hat sofort bei seiner Rückkehr nach Berlin diesen Fehler berichtigt. Die französische Presse hat tatsächlich die Zurückhaltung unserer Gefangenen verlangt. Die Beschuldigung, daß die öffentliche Meinung in Sachen der Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen und der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen absichtlich irregeführt ist, muß ich zurückweisen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen angenommen. Unter dem Lärm der Unabhängigen lehnt die Mehrheit des Hauses den Antrag, der die Zurückziehung Dr. Davids u. a. aus der Friedensdelegation fordert, ab. Der Antrag betreffend die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland wird dem Zentralrat überwiesen.

Nunmehr schreitet man zum letzten Punkt der Tagesordnung.

Wahl des Zentralrats.

Dazu liegt ein Antrag der U. S. P. vor, der verlangt: „Der Zentralrat ist die höchste Instanz aller A.-, B.- und S.-Räte. Er besteht aus 28 Mitgliedern und wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß. Bei der Besetzung des Zentralrats sind alle Teile des Reiches zu berücksichtigen. Er hat die Aufgabe, die Räteorganisation zusammenzufassen und die Sozialisierung durchzuführen, und ist die höchste Instanz aller politischen Räte. Haben die Arbeiten des Zentralrats einen gewissen Abschluß erreicht, so hat er einen neuen Rätekongreß einzuberufen.

Ein weiterer unabhängiger Antrag verlangt vom Zentralrat die Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlreglements für die Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlreglements für die Räte auf Grund des Betriebs- und Berufswahlsystems, und eine starke Propaganda für den Rätegedanken. Beide Anträge werden fast einstimmig angenommen.

Im Namen der U. S. P. erklärt Richard Müller: Der erste Rätekongreß erteilte durch sein Bekenntnis zur Nationalversammlung dem Rätegedanken eine Absage. Darum konnten wir die Beteiligung am Zentralrat ab. Der zweite Rätekongreß hat nicht allen unseren Forderungen entsprochen, er stellt trotzdem einen Fortschritt dar. Um die Revolution weiter zu treiben, sind wir auf Grund der in unserem soeben angenommenen Antrage gestellten Bedingungen zum Eintritt in den Zentralrat bereit.

Darauf beantragt Könen (U. Soz.) für beide sozialistische Parteien paritätische Vertretung im Zentralrat. Im Namen der S. P. D. erklärt Schimmel diese Forderung für unannehmbar und gesteht eine Zusammensetzung auf Grund der Stärke der Fraktionen zu.

Richard Müller: Die Ueberlegenheit der S. P. D. auf diesem Kongreß ist die Frucht des vom Zentralrat ausgearbeiteten Wahlreglements. Wenn die S. P. D. diese Stärke jetzt ausnützt, so tut sie das aus parteipolitischen Gründen und arbeitet damit der Einigung des Proletariats entgegen. Wollen Sie (zu den Soz.) die Massen, die hinter der S. P. D. stehen, hinter den Zentralrat bringen, wollen Sie die Einigkeit, dann nehmen Sie unsere berechtigten Forderungen an. Stolt von der Soldatenfraktion wünscht im Interesse der Einigung die Parität.

Weinbrenner (Dem.): Wenn Parität gefordert wird, darf sie nicht nur für die sozialdemokratischen Parteien gelten, sondern auch für die bürgerlichen. — Darauf wird der Antrag der U. S. P. D. mit 91 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Braß (U. Soz) beantragt nunmehr geheime Listenwahl auf Grund des Proporz. — Kaliski (S.P.D.) beantragt, die Verhandlungen eine Viertelstunde auszusetzen, dem wird entsprochen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Schimmel für die S. P. D.: Wir sind den Unabhängigen in jeder Weise entgegengekommen und haben ihnen die größtmöglichsten Konzessionen gemacht. Der Stärke ihrer Fraktion entsprechend hätten sie fünf Sitze im Zentralrat zu beanspruchen. Wir haben ihnen zehn zugebilligt. Jetzt will man einen Zufall ausnützen, der ihnen günstig ist, denn infolge der schwierigen Bahnverbindung und dringender Arbeiten in der Heimat ist ein großer Teil unserer Parteigenossen bereits abgereist. Wir fordern daher Proporz auf Grund der Stärke der Fraktionen und nicht auf Grund der momentan hier anwesenden Vertreter. — R. Müller (U. S. P.): Wir haben alle Bedenken grundsätzlicher Art betreffend des Rätesystems, wie es die Sozialdemokraten vorgeschlagen haben, zurückgestellt. Wir waren bereit zur Einigung. Sie (zu den Soz.) haben erst die Parität zugestanden. (Zurufe: Nicht wahr!) Dann gestanden Sie uns gnädigst zehn Mandate zu, und jetzt lehnen Sie die geheime Wahl ab, weil Sie Angst haben, daß ein Teil ihrer Mitglieder für unsere Liste stimmen wird. Die Soldatenfraktion erklärt sich für den Unabhängigenantrag, während Flügel (Dem.) den Proporz auf Grund der Fraktionsstärke befürwortet. — Cohen-Reuß tritt der Behauptung Müllers entgegen, daß seine Partei die geheime Wahl ablehne, weil sie befürchte, daß ein Teil ihrer Anhänger für die unabhängige Liste stimmen werde. Erst haben Sie (zu den U. Soz.) den Proporz abgelehnt und wollten Parität und jetzt lehnen Sie die Parität ab und wollen den Proporz. Ich schlage Ihnen vor, der S. P. D. 14, der U. S. P. D. 7 und jeder anderen Fraktion ein Mandat zu bewilligen.

Der Antrag der Unabhängigen: „Die Wahl ist auf Grund des Verhältnissystem und geheim vorzunehmen," wird mit 90 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Schimmel (S. P.): Wir machen ihnen den Vorschlag, den Zentralrat folgendermaßen zusammenzusetzen: 14 Mehrheitssozialisten, 10 Unabhängige, ein Demokrat, ein Vertreter der Bauernräte, ein Vertreter der Soldatenräte und ein Vertreter der Christlichen Gewerkschaften.

Braß: Da der Kongreß die Parität abgelehnt und die geheime Abstimmung verworfen hat, ziehen wir unsere Zusage, in den Zentralrat einzutreten, zurück.

Schimmel (S. P.): Wir haben Ihnen nunmehr folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Der Zentralrat besteht aus 21 Mitgliedern, sieben Mandate bleiben frei für den Fall, daß die Unabhängigen ihre Meinung ändern sollen. Die 21 Mandate verteilen sich wie folgt: 16 Mehrheitssozialisten, 1 Demokrat, 1 Bauernrat, 2 Soldaten 1 Vertreter der Christlichen Gewerkschaften.

In den provisorischen Reichssoldatenrat werden 9 Mann gewählt.

Nach einigen formellen Erklärungen nimmt das Wort der Vorsitzende: Wir sind am Schluß unserer Verhandlungen. Wiederholt sind die Geister hart aufeinandergeprallt, aber der Beobachter darf nicht vergessen, daß es ein Revolutionsparlament war, das hier getagt hat. Der Kongreß hat die Kritik der Mitwelt nicht zu scheuen. Ich wende mich nun an die beiden sozialistischen Fraktionen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was wir erstreben und was wir insbesondere als Ergebnis der gewaltigen Revolution erhoffen: Wir alle wollen unsere sozialistischen Ideale sobald wie möglich in die Wirklichkeit umsetzen. Das erreicht aber keine der beiden Fraktionen für sich allein. Eine der beiden Gruppen wird sich anheischig machen, den Sozialismus für sich allein durchzuführen. Sie können das nur, wenn Sie sich vereinigen und in geschlossener Phalanx an der Verwirklichung unserer Ziele arbeiten. An die anwesenden Vertreter der bürgerlichen Parteien möchte ich die Aufforderung richten: Vergessen Sie nie, daß wir am Grabe der kapitalistischen und in der Geburtsstunde der sozialistischen Ordnung leben. Bemühen auch Sie sich, daß die Entwicklung nicht durch verbrecherische Anhänger des alten Systems gestört werde. Es muß dem freien deutschen Volke eine freie Bahn geschaffen werden.

Schluß 7¾ Uhr.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin"
früher: Kliems Festsäle
Hasenheide 13/15 Inh.: Karl Knoppe
Montag, den 21. u. Dienstag, den 22. April cr.
2. u. 3. Osterfeiertag
Oeffentliche **Tanz-Reunion**
Wiener Ballmusik. Anfang 4 Uhr.
Die eleganten Säle und Sommertheater sind an Gesellschaften und Vereine unter kulanten Bedingungen zu vergeben.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. großen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher ca. 120 000 Ratsuchende.

Botenfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
Jacher, An der Fischerbrücke 2.
Heudel, Usedomstr. 18.
Hachtroth, Michaelkirchplatz 3.
Hennig, Dottinstraße 14.
Wierschner, Wilsnacker Straße 10.
Döring, Elsenstraße 73.
Petersen, Flensburger Straße 34.
Wienike, Sophienstr.
Schillbauer, [illegible] 10.
Thornieter, Lübecker Str. 48.
Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 66.
Niederschöneweide:
Schattranig, Grünauerstraße 62.
Steglitz:
Rand, Albrechtstr. 1.
Wilmersdorf:
Genecke, [illegible] 26.
Spandau:
Schlenert, Lindenufer 34.
Schöneberg:
Suriart, [illegible] 8.

Potsdam.
Unsere Spedition **Potsdam** befindet sich bei **Dotzauer**, Kaiser-Wilhelmstr. 38. Die Zeitung wird nunmehr durch Botenfrauen ins Haus gebracht. Wir bitten alle Post-Abonnenten, die Zeitung nicht mehr bei der Post, sondern bei dem genannten Spediteur direkt zu bestellen.
Verlag „Freiheit", e. G. m. b. H.

Zähne mit und ohne Gaumenplatte, Kronen, Brücken, Plomben jeder Art, moderne Goldtechnik. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparatur sofort. Schmerzloses Zahnziehen. Mäßige Preise eventuell Teilzahlung.
M. Löser, nur Brunnenstraße 185 zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße. Sprechstunde 9—7 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. **veraltete**, hartnäckige **Harnleiden u. Ausflüsse**, Geschwüre, Ausschlag etc. Manneschwäche. **Ehrlich-Hata-**(Salvarsan)**Kuren**. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. mediz. Bäder. Damenraum separat.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Kleine Anzeigen

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 15, (nahe Rosenthaler Platz).

Verkaufe äußerst billig allerhand Gardinen, Stores, Portieren, Zuganch, Tüllbettdecken, Divandecken, Tischdecken, auch sehr neue Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Steppdecken, Tonwaren, Federbetten, Frieda Gelegenheitsverkäufe, Brunnenstr. 84 II (Morizplatz).

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,— an. Meicke, Augustastraße 32 a, Quergeb. parterre.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Kredenzsofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz. Umbausofa, Chaiselongues, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Lange, Stralsunde Straße 38, v. 4 Treppen.

Fahrrad, gute Gummireifen, Satz Pneumatiks 28/1½, prima eiserne Reckstange verkauft Migge, Rochowstr. 15 (Gartenhaus).

Neuer Anzug, Ulster, Dabl- u. Kinder-Wäsche, Hüte, Aquarium, Puppenstube, Kinderbettstelle, Mandoline verkauft Tantzky, Kochhannstr. 42.

Sportwagen und zwei Strohsäcke verkauft Skiba, Wallmannstr. 15, Quergeb. III.

Ausziehtisch, Spiegel, Bettdecken, Icarette 6×6 mit Aplanat verkauft Peters, Friedrichsfelder Straße 35.

Zu verkaufen: div. Kinderkleider, getragen, teils neu, für Kinder von 3—5 Jahren, sehr billig. 1 Puppensportwagen, 1 Paar Damenschuhe, getragen. Größe 41, Dienstag 4—7 Uhr abds. Reichenberger Straße 121, Seit. III links.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Verkaufe Trumeau mahag. dunkel 230, Drehrolle (Thiele) mit Tisch u. Bank 185. Henning, Pamosstraße 11. 12—3.

Holzräder aller Größen Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidisch, Brunnenstraße 94. Nord. 5664.

Möbelerwerb an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke sehr bequem ab Kriegsanleihe in Zahlung. Bei Verzahlung bedeutende Preisermäßigung. Zambachs Müllerstraße 7 eine Treppe.

Vereinszimmer, großes Piano, Sonnabend, Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag frei. [illegible]

Chaiselongue 90.— an, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Kaffe-matratzen, Tapezierer Walter Stargarder Straße 18.

Klappsportwagen verkauft Royan, Seestraße 109, nachmittag.

Herren- u. Damenkleider, Langschäfter verkauft Seliger, Potsdamer Str. 79 a.

Piano, elegantes, schwarzes, 1950 M., (kreuzsaitiges) Nußbaumpiano 2600.— verk. billig **Ernst**, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Bechsteinflügel eleganter schwarzer Stutzflügel, 2900 M., Konzertflügel, 4500.— M. verk. **Ernst**, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Harmoniums, neu, gebraucht, verkauft billig **Ernst**, Oranienstr. 166 III.

Kinderbettstelle, mit Himmel, Tafelklavier 300 M. verkauft Wähner, Gräsberger Straße 6.

Vereinszimmer zu vergeben, Antonstr. 23.

Korbmacher auf Gestell, bei hohem Lohn. Schmidt, Bornholmer Straße 6.

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Yorkstr. 14 III. Preisangebot erbeten.

Metalle, Akten, Zeitungen, Lumpen, Steinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen, Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9, Fernsprecher Neukölln 453.

Spiralbohrer, jeden Posten, kauft Buschhaus, Hettenstr. 78.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft fortgesetzt R. Schumann, Große Frankfurter Straße 81 II.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Werkzeuge kauft Weinzieher, Frankfurter Straße 71.

Kaufe Bechsteinflügel, Ue. 6. Schwarzes Zentralpianos. Kleine Zehdenicker Str. 17a (2—6).

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft jedes Quantum höchstzahlend Großfeld, Kottbuser Straße 21. Mpl 4016.

Alt-Messing u. Kupfer kauft Guesselbrit, Dorotheenstr. 55. Tel. [illegible]

Nessel, Leinen, Drell, Köper, Wäschestoffe kauft Klingberg, Marburger Straße 8. Steinplatz 6697.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3910.

Rechts-Auskunftei, Invaliden-Straße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gesuche, Prozeßführung vor allen Gerichten, Mieten. Dammwegstr. 31, Ecke Pußbauer Str. (Auch Sonntags vormittags.)

Platina zu den höchsten Tagespreisen. Zahngebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Pumpen für jeden Zweck und Größe, kleinst. Handpumpen zum Selbstaufstellen nach kostenloser Anleitung, fachm. Rat. Alten Spezialhaus. Feldwirtschaft. **Carl Köchlin & Co. Berlin SW 68**, Alte Jakobstr. 20/22.

Platina zu den höchsten Tagespreisen. Gebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Knuth, Zionskirchstraße 54 v. II.

Die gegen den Regierungssoldaten **Ernst Brüggemann** im Dezember 1918 ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Frau Hedwig Sulkiewicz.

Nebenbeschäftigung schriftlich nach 6 Uhr abends gesucht. Offerten u. L. 8487 Daube & Co., Jerusalemer Straße 11/12.

Handlungsgehilfe sucht als Lagerist, Expedient oder in sonstiger Bürobeschäftigung Stellung. Off. L. K. 34, Freiheitexp. Schiffbauerdamm 19.

Verzweiflungsbitte! Welcher Edeldenkende verhilft einem staatl. gepr. Lehrer und Lehrer für Handelswissenschaften zur Gründung einer Existenz; derselbe ist gewandt, erste Organisations- u. Arbeitskraft u. steht am Hunger vor der Verzweiflung. Gefl. Off. F. W. 18. Freiheitexped. NW. 6.

Zähne mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, spez. moderne Goldtechnik. Goldkronen, Brücken, Plomben. Schnellste Bedienung. Bill. Preise ev. Teilz. Erstklassige fachmännische Arbeit. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen. Zahnziehen m. Betäubung spez. für ängstliche nervöse Pat.
D. A. Löser junior, jetzt **Elsasser Str. 39 I**, direkt am Oranienburger Tor, 4 Min. vom Stettiner Bahnhof. Spr. tägl. von 9 bis 7 Uhr abends, Sonntg. 9 bis 12. Tel. Nord.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Mannesschwäche. Gegen eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut.
Dir. Löser senior. Nur Rosenthaler Str., am Rosenthaler Platz. Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Behandlungszeit 9-1 4-9, Sonnt. 9-1. Separater Damen.

Schreibmaschine gut erhalten kauft Schülke, Linkstraße 1. Lützow 6377.

Rechtsrat! v. Garukter, Berlebstraße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten, Gleichstellungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche. Beste Erfolge! 4 Monate 7 Woch. Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungsgesuche. Viele Anerkennungen. Ratserteilung kostenlos. Auch Sonntag vormittags.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr **Jägerstr. 12.**

Landrichter, außerdienstlich, Prozeßführung bei allen Gerichten gewissenhafter Rechtsbeistand in allen erdenklichen Fällen. Bearbeitung aller Rechtssachen Eingaben jeder Art, Beratung kostenfrei. Armensachen werden übernommen, Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor).

Ehescheidungen im Armenrecht, Strafsachen, Alimentensachen, Prozesse überall. Gesuche! Hervorragende Erfolge! Ermittelungen. Ermittelungen, treffer! Rechtsschutz „Spezialist", Direktor Manthey, Kottbuser Damm 65 (an der Ecke Weser-, Kaiser-Friedrich-), Neander Straße 7. Ausfertigung, beratr. 3, Neukölln, Straße 89. (Auch Sonntags)

Darlehen in jeder Höhe, Mk. 100 aufwärts, an Ledigen, auch Damen, reiche Auswahl. Eignet, gemeinsame Ratenrückzahlung, Bureau Borsigstraße 11. Sonntags vormittags.

Achtung! „Freie Spedition" Albrecht, Lichtenberg, Dürerstr. 3 übernimmt Dahlem.

Achtung Spandau Die Spedition der „Freiheit" befindet sich bei Schlabert, Lindenufer, an der Charlottenbrücke.

Geschlechtskranke verlangen im eigenen Interesse, um sich vor Schaden zu schützen, meine aufklärende Broschüre über Erkennung, Untersuchung usw., unbedingt vertrauliche Behandlung, verschlossenen Umschlag à 1 M. (auswärts 1.10 M.). Sprechstunden erhältlich. — Briefe mündliche Auskunft.

Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße. Sprechstunden ½12—2 mitt. u. ½6—½10 Uhr abends. Sonntags.

Warnung v. schwindelhaften angeblichen Spezialisten.